

9 Dringliche Anträge

9.1 Herausforderung Bildung im urbanen Raum (GRⁱⁿ Gmeinbauer, ÖVP)

GRⁱⁿ Gmeinbauer:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe StadträtInnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucherinnen und Besucher auf der Galerie. Mein Dringlicher ist mit der Überschrift „Herausforderung Bildung im urbanen Raum“ benannt. Der starke Zuzug in den letzten drei Jahren hat insbesondere die ohnehin schon am meisten geforderten Ballungszentren an die Grenze der Leistungsfähigkeit im Bereich Integration gebracht. Es braucht daher eine Kehrtwende in der Migrationspolitik. Zuerst ist hier eine restriktive Zuwanderung, die auf ein Mindestmaß reduziert wird, Gebot der Stunde. Ziel muss es sein, jene Bevölkerungsgruppen zu integrieren, die schon hier sind bzw. langfristig im Land bleiben werden. Neben der Sozial- oder Wohnungspolitik sieht man die Auswirkungen am stärksten im Bildungsbereich, der trotz vieler Maßnahmen Städte und Gemeinden vor große Herausforderungen stellt. Die Stadt Graz versucht seit Jahren, mit einer aktiven Bildungspolitik gegenzusteuern. Projekte wie Malala waren dafür verantwortlich, dass ein strukturierter und begleiteter Schuleintritt möglich war. Gleichzeitig wurden die Ressourcen im Sprachförderungsbereich massiv ausgebaut und den Bildungseinrichtungen noch mehr an Unterstützung zur Verfügung gestellt. Inzwischen gibt es neben den Kursen im Kindergarten auch Sprachkurse in den Volksschulen und in der Nachmittagsbetreuung. Zusätzlich wurde mit Unterstützung der Stadt Graz eine Fortbildung an den Universitäten eingerichtet, um islamischen Religionslehrern eine bessere Ausbildung zu ermöglichen. Zahlreiche weitere Initiativen aus der Bildungsstrategie sind dem Gemeinderat bekannt und tragen zu einem positiven Bildungsklima bei. Die Möglichkeiten der Kommunen im Schulbereich sind jedoch bedauerlicherweise begrenzt. Die Ressourcenzuteilung erfolgt über die zuständigen Landesbehörden und auch Verschärfungen im Umgang mit Disziplinlosigkeit oder einer Ablehnung von bestimmten Lernzielen können nur durch entsprechende andere Gebietskörperschaften oder Gesetzesänderungen erreicht

werden. Dennoch versucht die Stadt Graz auch hier zu unterstützen und der zuständige Bildungstadtrat wird jenen Schulen, die nachweislich geringere Kontingente im Bereich der Deutschförderung vom Land Steiermark erhalten werden, Deutschförderkurse über das Integrationsreferat zur Verfügung stellen. Aus diesem Grund stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

dringlichen Antrag,

der zehn Punkte beinhaltet:

1. Das Land Steiermark wird dazu aufgefordert, Klarheit über die Personalressourcen herzustellen. Ideologische Grabenkämpfe mit dem Bund (Stichwort Deutschförderung) sind abzustellen. Eine bessere Personalausstattung für die Brennpunktschulen ist vorzusehen. Die Deutschförderung an Grazer Schulen ist wie in den letzten Jahren mit jenen personellen Ressourcen auszustatten, die dem Anteil der Schülerinnen und Schüler entspricht.
2. Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung wird dazu aufgefordert, eine neue Ressourcenzuteilung anzustreben. Sogenannte Brennpunktschulen sind mit größeren Personalressourcen auszustatten. Als Erstmaßnahme sollen jene Mittel, die im Integrationstopf vorhanden waren, auf diese Schulen aufgeteilt werden.
3. Das Land Steiermark wird aufgefordert, die Sprachunterstützung im Kindergarten sofort aufzunehmen. Das Land soll hier dem Beispiel der Stadt Graz folgen und die Unterstützungsleistung vorfinanzieren.
4. Der Bundesgesetzgeber wird aufgefordert, ein verpflichtendes zweites Kindergartenjahr für jene, die es brauchen, einzuführen.
5. Der Bundesgesetzgeber wird dazu aufgefordert, das Religionsunterrichtsgesetz zu ändern. Die pädagogische Aufsicht soll in Zukunft nicht mehr ausschließlich durch die jeweiligen Glaubensgemeinschaften erfolgen, sondern auch durch die Bildungsdirektion. Alle Religionslehrer müssen die Ausbildung an

einer tertiären Bildungseinrichtung gemacht haben.

6. Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung wird dazu aufgefordert, in Graz einen Lehrstuhl für islamische Religionspädagogik einzurichten, um eine entsprechende Ausbildung des pädagogischen Personals zu garantieren.
7. Die steigenden disziplinären Probleme an Schulen sollen aktiv bearbeitet werden. Die Bildungsdirektion wird dazu aufgefordert, einen Maßnahmenkatalog zu erarbeiten und insbesondere im Sekundarbereich I eine entsprechende Sanktionierung für Kinder und deren Eltern bei Nichtmitwirkung vorzusehen. Die Schaffung für Time-Out-Klassen für jene Kinder, die dauernd den Unterricht stören, ist anzudenken.
8. Der Strafenkatalog bei unentschuldigtem Fernbleiben vom Unterricht soll vom Bundesgesetzgeber noch mehr verschärft werden.
9. Der Bundesgesetzgeber wird dazu aufgefordert, rasch ein Kopftuchverbot in den Kinderbetreuungseinrichtungen und Pflichtschulen umzusetzen. Neben den Kindern soll dies auch für das Personal in den Bildungseinrichtungen gelten. Dies gilt nicht für Kopftücher, die als Teil einer Ordenstracht getragen werden.
10. Um den urbanen Raum zu entlasten und eine bessere Verteilung von geflüchteten Menschen zu gewährleisten, wird das Land Steiermark dazu aufgefordert, für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte, die ihren Lebensunterhalt allein aus der Mindestsicherung bestreiten, eine Residenzpflicht nach Bezirken einzuführen.

Ich bitte um breite Annahme und darf gleich vorgreifen, nachdem im Vorfeld mit den Klubobleuten eine Zustimmung zur Dringlichkeit grundsätzlich gegeben ist, dass selbstverständlich die Punkte 1-10 gerne getrennt abgestimmt werden. Dankeschön für die Aufmerksamkeit (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Der starke Zuzug in den letzten drei Jahren hat insbesondere die ohnehin schon am meisten geforderten Ballungszentren an die Grenze der Leistungsfähigkeit im Bereich Integration gebracht. Es braucht daher eine Kehrtwende in der Migrationspolitik. Zu allererst ist hier eine restriktive Zuwanderung, die auf ein Mindestmaß reduziert wird, Gebot der Stunde. Ziel muss es sein, jene Bevölkerungsgruppen zu integrieren, die schon hier sind bzw. langfristig im Land bleiben werden.

Neben der Sozial- oder Wohnungspolitik sieht man die Auswirkungen am stärksten im Bildungsbereich, der trotz vieler Maßnahmen der Städte und Gemeinden vor großen Herausforderungen steht. Die Stadt Graz versucht seit Jahren mit einer aktiven Bildungspolitik gegenzusteuern. Projekte wie Malala waren dafür verantwortlich, dass ein strukturierter und begleiteter Schuleintritt möglich war. Gleichzeitig wurden die Ressourcen im Sprachförderungsbereich massiv ausgebaut und den Bildungseinrichtungen noch mehr an Unterstützung (Ausbau Schulsozialarbeit) zur Verfügung gestellt. Inzwischen gibt es neben den Kursen im Kindergarten auch Sprachkurse in den Volksschulen und in der Nachmittagsbetreuung. Zusätzlich wurde mit Unterstützung der Stadt Graz eine Fortbildung an den Universitäten eingerichtet, um islamischen Religionslehrern eine bessere Ausbildung zu ermöglichen. Zahlreiche weitere Initiativen (Anmeldesystem, Stärkenpass, IBOBB Café, u.v.m) aus der Bildungsstrategie sind dem Gemeinderat bekannt und tragen zu einem positiven Bildungsklima bei.

Die Möglichkeiten der Kommunen im Schulbereich sind jedoch begrenzt. Die Ressourcenzuteilung erfolgt über die zuständigen Landesbehörden und auch Verschärfungen im Umgang mit Disziplinlosigkeit oder einer Ablehnung von bestimmten Lernzielen (Stichwort Aufklärung oder Schwimmunterricht) können nur durch entsprechende andere Gebietskörperschaften oder Gesetzesänderungen erreicht werden.

Dennoch versucht die Stadt auch hier zu unterstützen und der zuständige Bildungstadtrat wird jenen Schulen, die nachweislich geringere Kontingente im Bereich der

Deutschförderung vom Land Steiermark erhalten haben, Deutschförderkurse über das Integrationsreferat zur Verfügung stellen.

Aus diesem Grund stelle ich im namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

dringlichen Antrag:

- 1. Das Land Steiermark wird dazu aufgefordert, Klarheit über die Personalressourcen herzustellen. Ideologische Grabenkämpfe mit dem Bund (Stichwort Deutschförderung) sind abzustellen. Eine bessere Personalausstattung für die Brennpunktschulen ist vorzusehen. Die Deutschförderung an Grazer Schulen ist wie in den letzten Jahren mit jenen personellen Ressourcen auszustatten, die dem Anteil der ao. Schülerinnen und Schüler entspricht.*
- 2. Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung wird dazu aufgefordert, eine neue Ressourcenzuteilung anzustreben. Sogenannte Brennpunktschulen sind mit größeren Personalressourcen auszustatten. Als Erstmaßnahme sollen jene Mittel, die im Integrationstopf vorhanden waren, auf diese Schulen aufgeteilt werden.*
- 3. Das Land Steiermark wird aufgefordert, die Sprachunterstützung im Kindergarten sofort aufzunehmen. Das Land soll hier dem Beispiel der Stadt Graz folgen und die Unterstützungsleistung vorfinanzieren.*
- 4. Der Bundesgesetzgeber wird aufgefordert, ein verpflichtendes zweites Kindergartenjahr für jene, die es brauchen, einzuführen.*
- 5. Der Bundesgesetzgeber wird dazu aufgefordert, das Religionsunterrichtsgesetz zu ändern. Die pädagogische Aufsicht soll in Zukunft nicht mehr ausschließlich durch die jeweiligen Glaubensgemeinschaften erfolgen, sondern auch durch die*

Bildungsdirektion. Alle Religionslehrer müssen die Ausbildung an einer tertiären Bildungseinrichtung gemacht haben.

- 6. Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung wird dazu aufgefordert, in Graz einen Lehrstuhl für islamische Religionspädagogik einzurichten, um eine entsprechende Ausbildung des pädagogischen Personals zu garantieren.*
- 7. Die steigenden disziplinären Probleme an Schulen sollen aktiv bearbeitet werden: Die Bildungsdirektion wird dazu aufgefordert, einen Maßnahmenkatalog zu erstellen und insbesondere im Sekundarbereich I eine entsprechende Sanktionierung für Kinder und deren Eltern bei Nichtmitwirkung vorzusehen. Die Schaffung von Time-Out-Klassen für jene Kinder, die dauernd den Unterricht stören, ist anzudenken.*
- 8. Der Strafenkatalog bei unentschuldigtem Fernbleiben vom Unterricht soll vom Bundesgesetzgeber verschärft werden.*
- 9. Der Bundesgesetzgeber wird dazu aufgefordert, rasch ein Kopftuchverbot bis zum 14. Lebensjahr in den Bildungseinrichtungen umzusetzen. Neben den Kindern soll dies auch für das Personal in den Bildungseinrichtungen gelten.*
- 10. Um den urbanen Raum zu entlasten und eine bessere Verteilung von geflüchteten Menschen zu gewährleisten, wird das Land Steiermark dazu aufgefordert, für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte, die ihren Lebensunterhalt allein aus der Mindestsicherung bestreiten, eine Residenzpflicht nach Bezirken einzuführen.*

GR Fabisch:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Daniela. Der reine Antragstext, eine ganze Seite, zehn Punkte, das bedeutet viel Arbeit und ja, man sieht, Bildung ist sehr häufig ein dringliches Thema. Wir werden vielen Punkten zustimmen können, nicht allen. Daher danke für die punktuelle Abstimmungsmöglichkeit. Zur Terminologie: Der Begriff „Brennpunktschule“, der irritiert, der stört und diskriminiert. Kein Schüler ist stolz, auf eine Brennpunktschule zu gehen. Kein Direktor vermeldet gerne, dass seine Schule, der er sich rund um die Uhr widmet, als solche bezeichnet wird. Schon die Eruiierung, ob eine solche nun vorliegt oder nicht, ist für mich sehr problematisch. Wie geht man da vor? Z. Bsp. wird die Frage gestellt, wie fern der Bildung sind Familien? Gibt es da eine Matura? Vielleicht sogar ein Studium oder nicht? Gibt es einen fremdsprachlichen Hintergrund ua.? Ich glaube, das ist weder für die Politik noch auch für die Medien der richtige Zugang. Wir brauchen einen anderen. Jede Schule bekommt die Stützlehrer oder Erweiterungslehrer, es kann ja auch positiv besetzt sein, Sprachen, weitere Fremdsprache könnten angeboten werden. Jede Schule bekommt also die Lehrer und Lehrerinnen, das Stundenausmaß, das sie braucht. Festgestellt und angefordert z. Bsp. durch das Schulforum mit dem Direktor der jeweiligen Schule. Es wird ein bisschen länger dauern, darf mich jetzt schon entschuldigen. Du hast auch sehr viele Punkte zusammengebracht, viel Arbeit verdient es auch, auf jeden Punkt ein bisschen näher einzugehen. Zu Punkt 3. und 4., da geht es um Kindergarten- und Sprachunterstützung. Da ist schon meine Frage an die ÖVP zu richten, wo bleibt denn da das verpflichtende zweite Gratiskindergartenjahr mit dem sie zuletzt in den Nationalratswahl gegangen ist? Und zu diesem Punkt hätte ich dann auch einen Abänderungsantrag, der natürlich geschlossen akzeptiert wird, davon bin ich überzeugt. Sie schreiben, ihr schreibt, für alle, die es brauchen, soll es ein zweites Kindergartenjahr geben. Ich bin der Meinung, allen Kindern sollte die Bildungseinrichtung Kindergarten ab dem dritten Lebensjahr gratis angeboten werden. Kinder lernen ja nicht nur von den Eltern und Pädagogen, nein, sondern genauso von Gleichaltrigen. Und dieses Angebot wäre leistbar. Ich fürchte, dass die nächste Geldvernichtungsmaschine in der Regierung schon geplant

ist. Ich denke da an die Eurofighter und ihre Nachfolger. Vor eineinhalb Jahrzehnten hat die KPÖ schon dagegen Unterschriften gesammelt.

Unverständliche Zwischenruf aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Fabisch:

Dagegen Unterschriften gesammelt, vielleicht ...

Unverständliche Zwischenrufe.

Fabisch:

...warte, lass mich ausreden. Der Antrag der nächsten Fliegerstaffel steht jedenfalls bevor. Nur zur Orientierung, ich weiß, das sind zwei verschiedene Baustellen und trotzdem ist es natürlich Steuergeld. Eine Stunde Eurofighter-Fliegen sind 18 Kindergartenplätze. Bei 1.500 Flugstunden sind das 27.000 Kindergartenplätze. Ein Eurofighter bedeuten so viel wie 16 Monate Kindergartenbudget in der Steiermark. So, ich darf ganz kurz 4. als

Abänderungsantrag

vorlesen:

Kindergärten sind Bildungseinrichtungen und keine Aufbewahrungsstätten. Jedes Kind in Österreich ab dem dritten Lebensjahr sollte diese Institution besuchen können, ohne dass die Eltern zur Kasse gebeten werden. Der Antragstext lautet: Der Bundesgesetzgeber wird aufgefordert, allen Kindern ab dem dritten Lebensjahr den kostenlosen Kindergartenbesuch zu ermöglichen. Ich darf weitergehen, noch ein paar

Kommentare zu Punkt 8. Hier geht es um den Strafenkatalog. Du hast, Daniela, gesagt, sollen noch weiter verschärft werden. Ich glaube, die verschärfen zuletzt. Ist nicht so schlecht, wenn ich ehrlich bin. Auch da musste ich mich einmal mit meinen eigenen Fraktionskollegen einigen. Aber als altgedienter Lehrer darf ich sagen, kann ich unterstützen. Eine weitere Verschärfung braucht es aus meiner Sicht nicht mehr. Zum Punkt 9., dem Kopftuchverbot. Meine und unsere Position ist immer die gleiche gewesen. Der Staat und seine Vertreter und Vertreterinnen haben die Aufgabe, neutral seinen Bürgerinnen und Bürgern gegenüberzutreten. Das heißt, ohne ersichtliche Bekundungen zu bestimmten Religionen auf der Kleidung oder auf den Wänden von Amtsstuben. Dass sich aber Punkt 9. nur gegen eine bestimmte religiöse Ausrichtung wendet und nicht allgemein formuliert ist, können wir leider nicht mittragen. Auch der Punkt 10. wird von uns nicht unterstützt werden. Dankeschön (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Kindergärten sind Bildungseinrichtungen und keine Aufbewahrungsstätten. Jedes Kind in Österreich ab dem dritten Lebensjahr sollte diese Institution besuchen können, ohne dass die Eltern zur Kasse gebeten werden.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

Abänderungsantrag

Der Antragstext wird in Punkt 4. folgendermaßen geändert:

4. Der Bundesgesetzgeber wird aufgefordert, allen Kindern ab dem dritten Lebensjahr den kostenlosen Kindergartenbesuch zu ermöglichen.

GRⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte eigentlich nur einen Punkt irgendwie verstärken und damit auch deutlich machen, warum wir also den ersten sieben Punkten zustimmen werden und den letzten dreien nicht. Weil für mich was ganz Wesentliches auch da genannt wird, nämlich die Personalressourcen, die nicht in dem Ausmaß gegeben sind wie notwendig. Und ich beziehe mich jetzt auf etwas Aktuelles, das umgesetzt werden soll in den Schulen, nämlich die Deutschförderklassen. In den ganzen Sommerferien ist es propagiert worden und man hat den Leuten irgendwie vermitteln wollen, es würde sich eine Verbesserung, Unterstützung der Kinder, eine Verbesserung irgendwie abzeichnen und es würde diesbezüglich also viel getan. Wir wissen, dass das Gegenteil der Fall ist ...

Bgm. **Nagl:**

Frau Mag. Taberhofer, darf ich ganz kurz unterbrechen. Mir ist ein Fehler unterlaufen, zur Dringlichkeit darf sich immer nur einmal pro Fraktion melden.

Taberhofer:

Die Dringlichkeit ist sowieso gegeben gewesen schon.

Bgm. **Nagl:**

Noch einmal, wir müssen darüber abstimmen.

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des GR-Saales.

Bgm. Nagl:

Ja, ja, dann reden wir eh beim Inhalt. Aber wir müssen trotzdem abstimmen und dann werden wir sowieso drüber reden können im Antrag.

Taberhofer:

Soll ich mich wieder hinsetzen oder nur warten?

Laute Zwischenrufe aus den Reihen des GR-Saales.

Bgm. Nagl:

Jetzt haben sich einmal alle zur Dringlichkeit gemeldet. Ich darf Sie bitten, dass Sie Ihre Wortmeldung nachher fortsetzen. Danke.

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Bgm. Nagl:

Wenn der Gemeinderat möchte, können wir auch gerne die Frau Gemeinderätin, abstimmen müssen wir es. Aber, wenn alle einverstanden sind, dass die Frau Gemeinderätin Ihre Wortmeldung fertigmacht, dann werden wir das so tun. Dann ist das so genehm.

Taberhofer:

Dann setze ich fort. Fakt ist jetzt, wo das jetzt umgesetzt werden soll, sind die Konsequenzen sehr deutlich an den Schulen. Es ist erstens eine Kürzung, finanzielle

Kürzung, eine Kürzung des Stundenkontingents, das bis jetzt gegeben war und es ist gibt keine wissenschaftliche Grundlage für diese Forderung, die da umgesetzt werden soll. Es gibt keine Testformate und aus meiner Sicht ist das schon sehr problematisch, weil wenn man sich die Kinder, die vielen, mit unterschiedlichem Migrationshintergrund anschaut, die an den Schulen sind und außerordentlich im ersten, zweiten Jahr Deutsch lernen müssen, dann muss man natürlich berücksichtigen, dass sie einerseits unterschiedliche Bildungszugänge haben, dass es irgendwie schwieriger ist, welche Muttersprache ich habe. Ob ich dieselben Buchstaben habe und dann mittlerweile ist es, dass einfach diese Deutschklassen so ausschauen sollen, dass irgendwie möglichst viele Kinder mit einer Person, mit einer Personalressource möglichst schnell in die Lage versetzt werden sollen, dem Unterricht folgen zu können und entsprechend Deutsch zu lernen. Jetzt ist es so, dass z. Bsp. in einigen Schulen ist das Stundenkontingent um 20 % gekürzt, Bedarf also entsprechend höher. In anderen Schulen, weiß ich, ist es 40 % gekürzt. Also, diese Maßnahme hat sich also in das Gegenteil wirkt sich die jetzt aus. Es wird viel schwieriger und an sich verwundert mich natürlich nicht, dass diese Forderung eher in die verkehrte Richtung geht und schon gar nicht zur Integration beitragen wird. Aber ich halte das für extrem problematisch und es kann keine Lösung sein und deshalb muss man aus meiner Sicht dem was entgegensetzen und es bedarf einfach wirklich mehr finanzieller Mittel und auch mehr Personal, um da adäquat unterstützend wirken zu können. Und deshalb bin ich froh, dass genau dieser Punkt durchaus erwähnt wird und da können wir natürlich mit besonderem Interesse sehen wir das und werden dem auch zustimmen, weil es muss für unsere Pflichtschulen wirklich darauf geachtet werden, dass man möglichst vieles an finanziellen Mitteln zur Verbesserung irgendwie beitragen kann. Und es ist nicht leistbar durch die Stadt Graz, auch nicht durch das Land allein und ich muss Maßnahmen setzen, damit die Ausbildung, die Bildung von den Kindern in unserer Stadt also, dass da eine Verbesserung auch entsteht. Danke (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ **Wutte:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie. Danke für den Antrag. Liebe Daniela, uns ist allen klar, dass das ein sehr, sehr wichtiges Thema ist, dass Bildung ein brennendes Thema ist, was uns alle bewegt und wo dringend Maßnahmen notwendig sind. Soweit sind wir uns einig. Wir erachten auch einige der vorgeschlagenen Maßnahmen als sinnvoll, andere nicht. Deswegen werde ich auch auf jeden Punkt im Einzelnen eingehen. Vorweg möchte ich aber sagen, dass es mir schon auch noch wichtig ist, ein bisschen auf die Sprache zu achten, die verwendet wird. Weil es wird hier von restriktiver Zuwanderung, die auf ein Mindestmaß reduziert wird, gesprochen und es ist überhaupt nicht klar, was eigentlich damit gemeint ist. Ist damit gemeint, Personen aus anderen EU-Ländern, die nach Österreich kommen? Das nicht mehr zu ermöglichen, das würde nämlich die Personenfreizügigkeit der EU ad absurdum führen. Ist damit gemeint, keine Flüchtlinge mehr in das Land zu lassen? Das würde der Genfer Flüchtlingskonvention widersprechen. Ist damit gemeint, keine Leute aus Drittstaaten nach Österreich zu lassen? Das ist minimal, was da momentan an Menschen kommt und wir würden eigentlich qualifizierte Fachkräfte in Österreich auch brauchen. Also, ich möchte nur einmal grundsätzlich hinterfragen, wie dieser Diskurs geführt wird und dass der extrem verallgemeinert ist und überhaupt nicht mehr klar ist, über wen da eigentlich gesprochen wird, wenn man quasi von Nullzuwanderung redet. Ok, aber keine Grundsatzdiskussion darüber. Ich wollte es nur zumindest einmal voranschicken. Danke grundsätzlich für diesen differenzierten Antrag. Etwas möchte ich auch noch voranschicken, was von der KPÖ schon gekommen ist. Klar muss auch sein, dass die Maßnahmen, die in letzter Zeit von der Bundesregierung gesetzt wurden, eben genau das Gegenteil bewirken. Dass die eben nicht dazu beitragen werden, die Probleme in dem Bildungssystem zu entschärfen, sondern dass einfach die Deutschklassen und auch das Auslaufen des Integrationstopfes alles nur noch schlechter macht. Uli, du hast eh an einem Beispiel gebracht und uns sind diese Beispiele genauso bekannt, dass eben genau an den Brennpunktschulen, wo die Mittel am dringendsten benötigt werden würden, durch die Einführung der Deutschklassen jetzt auf einmal weniger

Personal zur Verfügung steht. Und das ist doch absurd und das Gegenteil von dem, was man wollen sollte oder vielleicht ist das auch so gewollt. Ja, aber das möchte ich jetzt nicht unterstellen. Gut, ich gehe jetzt auf die einzelnen Punkte ein. Dem ersten Punkt werden wir zustimmen. Ja, es braucht die personellen Ressourcen. Dem zweiten Punkt werden wir zustimmen, dem dritten Punkt werden wir zustimmen. Beim vierten Punkt werden wir nicht zustimmen, weil wir eben den Abänderer der KPÖ unterstützen wollen, weil wir der Meinung sind, es soll nicht für spezielle Kinder ein verpflichtendes Kindergartenjahr geben, sondern ein kostenloser Kindergarten für alle. Der fünfte Punkt erscheint uns sinnvoll, der sechste Punkt erscheint uns sinnvoll. Beim siebten und achten Punkt werden wir nicht zustimmen, weil wir der Meinung sind, dass Strafen keine Probleme lösen, gerade bei Kindern und Jugendlichen nicht. Strafen sind eine mögliche Reaktion auf Probleme, aber in Wirklichkeit muss man doch ganz woanders ansetzen. Wenn Kinder und Jugendliche der Schule fernbleiben, haben sie Probleme zu Hause, haben sie Probleme in der Klassengemeinschaft, was auch immer. Und man muss ihnen helfen, diese Probleme zu lösen und nicht einfach nur das Fernbleiben in der Schule zu sanktionieren. Dem neunten Punkt werden wir nicht zustimmen aus ähnlichen Gründen, wie von der KPÖ genannt. Wenn man über so etwas diskutiert, muss das alle Religionsgemeinschaften inkludieren. Man kann darüber sprechen, dass man sagt, die Schule ist ein religionsfreier, säkularer Raum. Man will dort keine religiösen Symbole sehen. Nur so verstehe ich diesen Antrag nicht. Das richtet sich gegen eine ganz bestimmte Religionsgemeinschaft und dem kann man nicht zustimmen. Würde auch vor Gleichbehandlungsgrundsätzen niemals zulässig sein, das so zu machen. Und auch der zehnte Punkt, dem können wir nicht zustimmen. Einfach deswegen, weil ich auch aus meiner Erfahrung als Flüchtlingsberaterin sagen kann, es hat ja auch einen Grund, warum z. Bsp. geflüchtete Menschen in Ballungszentren gehen. Eben, weil sie eine Ausbildung machen wollen, eben weil sie Arbeit suchen wollen. Und wenn man jetzt die Menschen z. Bsp. zwingt, im Bezirk Mürzzuschlag zu bleiben, also es ist eh erfreulich, wenn dort jemand eine Arbeit findet. Aber ganz realistisch ist es dort halt nicht ganz so leicht, dass man eine Ausbildung beginnt oder Arbeit findet. Von dem her würde so eine Maßnahme nichts lösen,

sondern einfach die Leute über Jahre in der Mindestsicherung festhalten und das kann sicher auch nicht unser Ziel sein. Gut, das war es von meiner Seite. Ich hoffe, dass es für alle nachvollziehbar war. So werden wir abstimmen. Danke (*Allgem. Appl.*).

GR Sippel:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat. Ein brennendes Thema, wahrscheinlich das brennendste Thema aktuell, auch am EU-Gipfel in Salzburg. Natürlich aus unserer Sicht beinhaltet der Antrag natürlich unterstützenswerte Maßnahmen, leider kaum etwas im eigenen Wirkungsbereich, das muss man natürlich auch sagen. Aber es sind Maßnahmen, die die Probleme zumindest etwas lindern können. Probleme, die nicht vom Himmel gefallen sind. Soviel muss man auch dazu sagen, die hausgemacht sind. Und ich persönlich bin ja ein Freund des Kausalitätsprinzips, nicht nur in der Physik oder in der Philosophie, sondern auch in der Politik. Für alle, die das schon vergessen haben aus der Schulzeit, was Kausalität ist: nämlich der angenommene gesetzmäßige Zusammenhang zwischen zwei aufeinander folgenden Ereignissen, von denen das eine frühere die Ursache und das andere spätere die Wirkung genannt wird. Und bevor man jetzt über die Wirkungen reden und die Problemlösungen, sollte man uns aber auch die Ursache in Erinnerung rufen. Und die Ursache ist ganz klar, das ist diese irre verantwortungslose Zuwanderungspolitik der letzten Jahre, insbesondere der letzten drei Jahre. Und ich glaube, wir alle wissen, wer das auch verbockt hat. Und jetzt stehen wir vor Riesenproblemen und vor Riesenherausforderungen gerade im urbanen Raum. Und für mich persönlich ist das wirklich Schlimme, dass es einige noch immer nicht verstanden haben. Beispielsweise Teile der SPÖ, da gibt es einen vernünftigeren Teil, der vor allem in Burgenland sitzt, aber da gibt es auch welche, die weniger realitätsnahe sind. Und das Chaos, das in der SPÖ herrscht, ist ja hervorgerufen genau aus dieser Diskussion heraus. Oder die Grünen, die ja von der Bildfläche, der parlamentarischen Bildfläche auf Bundesebene, verschwunden sind, ihr habt es anscheinend auch noch nicht verstanden. Aber dass ihr da herausgeflogen seid aus dem Parlament ist im Prinzip auch Kausalität. Und jetzt zur

Wirkung. Die Wirkung hat uns die Gewerkschafterin und Lehrerin Frau Susanne Wiesinger jetzt ja relativ anschaulich auch dargelegt. In ihrem Buch „Kulturkampf in den Klassenzimmern“ hat sie beschrieben, wie es nicht nur in ihrer Schule, aber vor allem in ihrer Schule in Wien umgeht. Dass dort eben nach „Charlie Hebdo“ viele Schüler die Attentäter wie Helden gefeiert haben und sie sagt explizit dazu, dass das keine Einzelfälle mehr sind. Und dass sie nicht mehr schweigen kann und sie sagt auch, dass der fundamentalistische Islam mittlerweile ganze Schulen im Griff hat. Und dann haben sich auch Grazer Direktoren und Lehrer in die Debatte eingeschaltet und die haben gesagt, selbstverständlich haben wir, insbesondere am rechten Mururfer, „Brennpunktschulen“ und sie nennen das auch so bewusst und ich bin der Meinung, wir sollten da nicht weitermachen und i-Tüpfel reiten. Wir sollen das Problem auch benennen. Dann nennen wir das halt Problemschulen oder Brennpunktschulen. Ich glaube, wir sollten nicht mehr irgendwie mit falschen Begriffen arbeiten, sondern wir sollen die Probleme auch beim Namen nennen. Und wenn Lehrer in Graz sagen oder Schulverantwortliche, dass die islamische Glaubensgemeinschaft bereits die Schule diktiert, dass dort gesagt wird beispielsweise, dass Theaterbesuche böse sind, haram sind und boykottiert werden können. Ich glaube, dann ist das für unsere freiheitlich liberale Gesellschaft, für unsere aufgeklärte Gesellschaft sehr, sehr gefährlich. Und man braucht kein Prophet sein, man braucht kein gelernter Rechenkünstler oder Mathematiker sein um ausrechnen zu können, was 28 % Muslime in den Grazer Pflichtschulen bei dieser demokratischen Entwicklung tatsächlich bedeuten. Das ist eine große Gefahr, die für unsere Gesellschaft besteht und der gilt es sich auch anzunehmen. Und, wenn Sie, Frau Wutte, da fragen, was restriktive Zuwanderungspolitik bedeutet, dann kann ich Ihnen das beantworten. Das ist ganz einfach. Wir brauchen jetzt endlich einen Deckel drauf im urbanen Raum, was Zuwanderung betrifft. Wir müssen jetzt einmal mit den Problemen fertig werden und wir verkraften keine weitere Zuwanderung mehr (*Allgem. Appl.*). Restriktive Zuwanderungspolitik bedeutet aber auch, endlich rückzuführen und zwar so rückzuführen, dass diejenigen, die auch mit negativen Asylbescheiden ausgestattet sind, endlich auch unser Land verlassen und dass da Beschleunigung des Verfahrens

greift und dass das wirklich einmal restriktiv auch alles durchgeführt wird. Das bedeutet aber auch, dass es Sanktionen bei Anpassungsverweigerung geben sollte. Bis hin, dass wir nicht die Gefahr eingehen sollten, unser Rechtssystem zu unterwandern, in dem wir auf einmal Asylwerbern es ermöglichen, eine Lehre bei uns auch zu machen. Weil da wird unser Rechtssystem in Wirklichkeit unterwandert und das trägt in Wirklichkeit nicht dazu bei, dass man diesen Problemen in Zukunft Herr werden können. Aber es wird ja dann eh noch einen Antrag, soweit ich mich erinnern kann, einen dringlichen Antrag zu diesem Thema geben. Und dann, wenn dem allen einmal der Riegel vorgeschoben ist, nennen wir es einmal so, dann können wir in einem weiteren Schritt, ich meine, das kann natürlich parallel verlaufen und jetzt schon beginnen oder soll auch schon beginnen und deswegen ist ja auch der dringliche Antrag heute da, dass diese Maßnahmen, die da von der Dani Gmeinbauer vorgeschlagen werden, jetzt auch endlich angegangen werden. Ich glaube, wenn man das zusammenfasst diese zehn Punkte, wir stimmen allen zehn Punkten zu, dann ist das zusammengefasst unter dem Titel „fordern und fördern“ und da gehört aus unserer Sicht auch dazu, dass man klare Bekenntnisse von den Betroffenen einfordert und da ist für uns klar, dass auch das Kopftuchverbot in den Schulen, von den Schülern bis 14, aber auch von den Lehrenden ein ganz wesentlicher Bestandteil ist. Herzlichen Dank (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ Marak-Fischer:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätztes Publikum, liebe Kollegen und Kolleginnen, liebe Daniela. Ein wichtiger Antrag, ein wichtiges Thema. Nur schade, dass das offenbar ein aufgelegtes Thema war für die FPÖ, um wieder über Gott und die Welt herzuziehen und überhaupt natürlich das Thema Nr. 1 wieder für alles verantwortlich zu machen. Schade, schade, denn es ist tatsächlich ein wichtiges Thema, wie unsere Schulen in Graz derzeit in welchem Zustand sind und es ist tatsächlich ein Problem, dass manche Schulen andere Situationen vorfinden als das wiederum andere Schulen tun. Ich glaube, wir haben ein Verteilungsproblem und wir

haben aber weniger ein Verteilungsproblem, was Kinder mit und ohne Migrationshintergrund betrifft. Ich glaube, wir haben vor allem ein Verteilungsproblem, was den Bildungshintergrund der Kinder betrifft und was auch den sozioökonomischen, also die finanzielle Ausstattung der Familien betrifft. Hier haben wir ein riesiges Verteilungsproblem und die SPÖ hat in diesem Raum hier schon oft gefordert, dass wir z. Bsp. die schulautonomen Mittel nicht, wie nach dem Gießkannenprinzip, jedes Kind gleich viel verteilen, sondern dass wir eben viel mehr darauf Wert legen, wie der Hintergrund der Eltern ist, wieviel Geld sie haben und wieviel Geld sie daher auch brauchen. Und ich glaube, es ist ganz, ganz wichtig, genau die Schulen mit den schwierigsten Bedingungen möglichst gut auszustatten. Ihnen möglichst viele Lehrer- und Lehrerinnenressourcen vor allem natürlich zu geben, aber auch andere Ressourcen. Die besten Gebäude, die kleinsten Klassenschülerhöchstzahlen etc. Hier müsste viel gemacht werden, da sind wir, glaube ich, ganz einer Meinung. Was allerdings für mich schon allerdings verwunderlich ist, dass dieses im Internet, auf Facebook auch groß angekündigte Bildungspaket, das jetzt hier vor uns liegt, in erster Linie Dinge sind, die nicht auf Stadtebene umgesetzt werden können und es ist schade. Warum ist es eine Petition, wo wir alle wissen, wie viel Petitionen in der Regel bewirken? Warum wendet sich dieses Papier in erster Linie an das Land, an den Bund und überlegt sich nicht, was auf Stadtebene getan werden kann? Denn vieles könnten wir hier tun auf Stadtebene und wenn wir hören, dass in bestimmten Schulen die Eltern keinen Theaterbesuch leisten können und zwar nicht, weil die Schüler sagen, dass es haram ist, sondern weil die Schüler sagen, dass ihre Eltern nicht das Geld für den Theaterbesuch haben. Wir haben Schulen, wo mit Müh und Not das Klopapier bezahlt werden kann. Wir haben Schulen, wo eben kein Bastelbeitrag mehr bezahlt werden kann. Das sind Mittel und um die könnten wir uns als Stadt sehr wohl kümmern. Dass das Bundesministerium in den letzten Monaten vor allem mit diesen neuen Deutschklassen die leider bis zu 25 Kinder, die nicht gut und nicht ausreichend Deutsch können, in eine Klasse stecken mit einer Lehrerin und nicht, wie früher, mit einer Hauptlehrerin und einer Tat-Lehrerin, einer Lehrerin, die eben noch zusätzlich sprachlich unterstützen kann. Das gehört kritisiert und ich finde es auch gut, dass diese

Punkte in diesem Antrag drinnen sind. Wir werden daher auch, um es kurz zu machen, nachdem das Licht schon einige Zeit leuchtet, den ersten sieben Punkten ebenfalls zustimmen. Hier ist viel drinnen, was wichtig und unterstützenswert ist, vor allem auch, was Richtung Bund geht. Es wundert mich nur, dass der Herr Stadtrat, der selbst in der Arbeitsgruppe drinnen ist, die auf Bundesebene diese Dinge ausgearbeitet hat, das nicht direkt meldet. Aber wir unterstützen gerne bei der Petition und auch auf Landesebene. Der Weg bis zur Landesrätin ist nicht sehr weit. Auch hier unterstützen wir selbstverständlich sehr gerne bei Bedarf. Den letzten drei Punkten können wir nicht zustimmen. Wir halten Strafen bei unentschuldigtem Fernbleiben nicht für den richtigen Weg. Die Eltern kommen immer zu Entschuldigungen. Das wird dann ehestens wahrscheinlich die Lösung für vieles sein. Aber sie werden deswegen nicht weniger schwänzen. Wir halten vom Kopftuchverbot nichts, weil es einfach die völlig falsche Diskussion ist. Es geht um Ausstattung, es geht um Personal, es geht um Mittel und es geht nicht um dieses äußere Symbol. Ich bin im Übrigen sehr froh, dass meine Chefin, die selbst eine katholische Geistliche ist oder eine Nonne ist, dass sie ihr Habit weitertragen kann. Ich bin allerdings dafür, dass alle Religion und alle ReligionslehrerInnen auch weiterhin ihre religiösen Symbole tragen können. Denn ich glaube, wir sind uns doch einig, dass Religionen in Österreich gleichberechtigt sein sollten und nicht eine Religion mehr wert sein sollte als die andere. Gerade hier in der Stadt Graz haben wir eigentlich immer sehr für den interreligiösen Dialog gearbeitet und ich finde, das ist eine sehr wichtige Sache. Man würde die ReligionslehrerInnen, wenn sie ihr Kopftuch ablegen müssen, nur dazu zwingen, ihren Beruf nicht mehr ausüben zu können und zwangsläufig würden nur noch männliche Religionslehrer im muslimischen Bereich vermutlich diesen Beruf dann ausüben. Und auch mit Punkt 10. sind wir nicht einverstanden. Das in aller Kürze. Danke (*Allgem. Appl.*).

StR Hohensinner:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat, ich sehe das ein bisschen seltsam, dass es in der ganzen Diskussion ein Buch von einer ehemaligen Sozialdemokratin oder vielleicht nicht mehr so praktizierenden Sozialdemokratin braucht, dass die SPÖ quasi in diese Integrationsdiskussion derart einsteigt. Ich möchte nur zu der Grünen Partei sagen, welche Art von zuziehende Menschen wir meinen. Wirtschaftsflüchtlinge, die meinen wir. Natürlich gibt es ein Asylrecht. Das wird eingehalten, natürlich gibt es solche Leute und ich verstehe es auch, warum sie flüchten möchten, menschlich. Wir werden nicht alle aufnehmen können. Ich sage nur ein Beispiel dazu. Ich komme gleich zum Bildungsbereich. Ich fange an bei der Mindestsicherung. Frau Gemeinderätin, wenn Sie so die Augen überdrehen, darf ich Ihnen eine Zahl nennen. Vom Mindestsicherungsbudget, 60 % des Budgets wird von Nichtösterreichern in Anspruch genommen. Also da geht es aus meiner Sicht in eine falsche Richtung. Aber ich komme jetzt zum Bildungsbereich. Die sogenannten Brennpunktschulen und die kann man so auch benennen, da sind wir in der Verantwortung zu unterstützen und mir ist es ein großes Anliegen, dass wir wieder gleich viele Ressourcen mindestens bereitstellen und ich finde es nur schade, dass die Diskussion der letzten Wochen zum ideologischen Schlagabtausch verkommen ist. Heute die Diskussion erlebe ich als sehr sachlich. Ich möchte mich an dieser Stelle auch bedanken. Frau GRⁱⁿ Marak-Fischer, wir haben eh gerade vorher schon geredet, im Zuge der Fragestunde da bist du nicht drangekommen. Wir müssen zwei Töpfe hier unterscheiden. Der eine Topf ist der Integrationstopf und der andere Topf sind die Lehrerdienstposten, die verteilt werden. Beim Integrationstopf, und das sieht man auch beim dringlichen Antrag, da sind wir dafür, dass der aufrecht bleibt. Für Graz sind das jetzt nicht so viele Mittel, aber da setzen wir uns auch ein. Aber viel wichtiger sind die Lehrerdienstposten. Und ich kann dir sagen, was wir derzeit wissen. Wir wissen, dass das Land Steiermark heuer wieder gleich viele Ressourcen bekommen hat wie im letzten Jahr. Wir wissen, dass im letzten Jahr das Land Steiermark aber nicht das gesetzliche Mindestmaß an Lehrerdienststunden nach Graz gebracht oder transferiert hat, sondern mehr Lehrerdienstposten. Warum? Weil wir in Graz ganz andere

Herausforderungen haben als z. Bsp. Oberzeiring hat. Und wir wissen, dass derzeit die Bildungslandesrätin und die Abteilung, dass hier Ressourcen zurückbehalten werden. Natürlich gesetzlich gedeckt, weil es das Mindestmaß ist. Aber ich fordere dich auf und auch vielleicht den Michi Ehmann, dass Sie gemeinsam zur Landesrätin gehen und diese notwendigen Ressourcen für den Bildungsstandort Graz einfordern. Ich habe die Landesrätin mehrmals ersucht, dass sie mir einfach die Aufteilung auf die Steiermark transparent einmal aufzeigt, da ist leider nie was gekommen und der Verdacht liegt nahe, dass hier alles den Deutschförderklasse umgehängt wird. Und diesen ideologischen Streit, diese Ideologie müssen wir da raushalten. Weil gesetzlich hätte die Landesrätin wieder in dem Jahr die gleiche Möglichkeit, so viele Ressourcen nach Graz zu geben und das muss man neben der Bundesnotwendigkeit, dass man den Integrationstopf wiederbekommen, da müssen wir uns alle einsetzen, dass wir genügend Ressourcen für die Grazer Brennpunktschulen bekommen. Das ist einmal ganz wichtig und ich hoffe, dass ich euch da an meiner Seite weiß (*Allgem. Appl.*). Ich möchte aber neben den Ressourcen, die von anderen Gebietskörperschaften kommen, auch sagen, dass wir natürlich auch selbst Ressourcen haben und ich werde jetzt noch den Oktober abwarten. Ich hoffe, dass die Bildungslandesrätin sich dann hinstellen wird und sagen wird, ja, sie hat jetzt abgewartet, noch einmal durchgerechnet. Ich hoffe, dass sie dann sagt, Graz bekommt mehr Ressourcen. Ich erwarte das auch. Falls trotzdem Brennpunktschulen zu wenig Ressourcen haben, habe ich schon über das Integrationsreferat durchrechnen lassen, ob wir Deutschförderkurse den Brennpunktschulen bereitstellen können. Das werden wir dann gerne machen, weil wir wollen nicht, dass Kinder irgendwie einen Startnachteil haben und da werden wir über Deutsch und mehr am Vormittag, das ist auch schon mit dem Landesinspektor abgesprochen worden, da werden wir Ressourcen bereitstellen. Weil ich glaube, da sind wir uns alle einig, dass man bei Kindern hier positiv ansetzen müssen. Ein weiterer Punkt, Kindergartenjahr, das hat der Kollege Fabisch angesprochen, da möchte ich kurz fragen, du hast gesagt, im dritten Jahr soll da angesetzt werden. Das dritte Lebensjahr beginnt mit zwei, ich hoffe nicht, dass du schon da eine Pflicht quasi mit zwei einführen möchtest. Aber ich teile deine Meinung, dass mit den Jahren vier und fünf,

dass man hier auch den Kindern die notwendige Unterstützung zuteil werden lassen sollte. Ein weiterer Punkt ist der Islam-Religionsunterricht. Alle Religionen sollen uns gleich viel wert sein, bin ich absolut dafür. Wir wissen aber, dass bei den Islam-Religionslehrern 70 bis 80 % im Ausland ausgebildet werden. Deswegen ist es mir ein großes Anliegen, dass wir da in die Qualität investieren, dass wir an der Theologie in Graz einen Lehrstuhl einführen und dass wir sicherstellen, dass eigentlich alle neuen Islam-Religionslehrer hier in Graz ausgebildet werden. Das ist aus meiner Sicht ganz, ganz wichtig (*Allgem. Appl.*). Ich kann da jetzt nicht zu jedem Punkt noch einmal Stellung beziehen. Zum Kopftuch möchte ich sagen, dass wir uns im Großen und Ganzen bis 14 Jahre einig sind, was ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen betrifft bzw. Kindergartenbetreuerinnen, da sind wir auseinander. Ich möchte nur meinen Standpunkt darlegen, warum ich das auch fordere. Aus meiner Arbeit jetzt vier Jahre als Integrationsreferent weiß ich, dass sehr, sehr viele gemäßigte muslimische Familien bewusst auf das Kopftuch verzichten. Dass die Mutter kein Kopftuch trägt, das Kind nicht. Das Kind kommt dann in den Kindergarten, in die Schule und sieht dann, dass die Lehrerin ein Kopftuch trägt. Und auch aus meiner Abteilung Expertinnen haben mir gesagt, dass es hier zu einem Autoritätskonflikt kommen kann und das möchte ich auf keinen Fall haben. Deswegen trete ich hier auch für ein Verbot für Bildungspersonal ein. Ich weiß, dass es auch schwierig umzusetzen ist, aber aus meiner Erfahrung ist es auch wichtig. Und zur Residenzpflicht, das ist von SPÖ, auch von dir angesprochen worden. Das ist eine Forderung von verschiedenen Bundesländern der SPÖ, aber wenn jetzt eine Residenzpflicht von Bundesländern kommt, ist es wichtig, dass wir auch steiermarkweit eine Aufteilung machen. Das sollte gekoppelt sein an die Sozialhilfe, an die Mindestsicherung im ersten bzw. bis zum zweiten Jahr, dann könnten wir das wirklich schaffen, dass die zugezogenen Familien auf das Landesgebiet aufgeteilt werden und dann hätten wir nicht so eine Konzentrierung auf das Stadtgebiet und dann könnten wir in der Bildung, im Sozialbereich, im Krankenhauswesen, glaube ich, eine bessere Integration zusammenbringen. Ich bedanke mich an dieser Stelle für die sachliche Diskussion. Danke (*Allgem. Appl.*).

Bgm. Nagl:

Im Übrigen, das rote Licht auf dem Rednerpult soll uns darauf hinweisen, dass die Redezeit schon aus ist.

GR Haßler:

Ja, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte ZuhörerInnen auf der Zuschauertribüne. Der Kollege Sippel hat sich als Fan des Kausalitätsprinzips geäußert, bitte, Armin, höre ein bisschen zu. Ich rede gerade über dein Prinzip, über dein Kausalitätsprinzip. Ich glaube, dass das Kausalitätsprinzip auch in der Bildungspolitik Einzug gehalten hat. Die FPÖ ist in die Bundesregierung eingetreten und die Bildungspolitik ist zur Symbolpolitik abgeglitten. Genau so sehe ich das. Weil, das Thema, das glaube ich, die ganze Misere doch irgendwo jetzt noch mehr verstärkt hat, sind die Deutschförderklassen, die als Symbol irgendwo in den Raum gestellt wurden, ich weiß nicht, ob der Kurt bei den Gesprächen mit dabei war, ich hoffe nicht, weil ich bin überzeugt davon, dass die gerade für Graz und wahrscheinlich auch für Wien, also für die Großstädte vor allem, die Probleme nicht gemildert haben, sondern deutlich verstärkt haben.

Zwischenruf StR Hohensinner: Das stimmt definitiv nicht, das ist deine Landesrätin.

Haßler:

Das stimmt definitiv, weil ich glaube, soweit ich das im Kopf habe, hat man gesagt, dass man die Deutschförderklasse einführt und dafür den Integrationstopf sozusagen die Gelder hernimmt und ich habe die Zahlen vom Land auch, und die Streichung des Integrationstopfes bedeutet für Graz für die Volksschulen, dass 156 Stunden da wegfallen und für die Mittelschulen 82 Stunden. Das heißt, in der Steiermark ist Graz mit 80 % der hauptbetroffene Bereich. Und zurückhalten, ich meine, wenn das so

wäre, dafür habt Ihr eine Bildungsdirektorin, die eine gute Gesprächsbasis hat, die ja auch jetzt zuständig ist von der Fachebene. Ich denke nicht, dass die da mitmachen würde, etwas zurückzuhalten. Da will ich generell mich dagegen verwehren und natürlich sind wir bereit, Gespräche zu führen. Aber nicht bereit sind wir, bei dieser Art von Symbol-Politik mitzumachen. Und ich möchte noch einmal auf das Kopftuch ein bisschen zu sprechen kommen. Also noch einmal zuerst zu den Deutschförderstunden. Es gibt konkrete Schulen in Graz, wo es Klassen gibt, wo 25 Schüler drinnen sind, kein einziger spricht ein Wort Deutsch, viele Nationalitäten, verschiedene Sprachen und eine Lehrerin soll ihnen jetzt Deutsch beibringen. Wahrscheinlich macht sie das die nächsten 20 Jahre. Ich weiß es nicht, wie das funktionieren soll. Es gibt keinen Lehrplan, es herrscht momentan Chaos pur an manchen Schulen in Graz und zusätzlich haben gerade diese Schulen die meisten Stunden verloren. Ich kenne eine konkrete Schule, die hat über 100 Stunden vorher gehabt als Unterstützung und hat jetzt noch die Hälfte davon zur Verfügung und genau in diesen Schulen sind aber Deutschförderklassen, wo ausschließlich fremdsprachige Kinder drinnen sind.

Zwischenruf StR Hohensinner: Das geht sich mit dem Integrationstopf nicht aus.

Haßler:

Die haben aber auf Grund dessen das Ganze verloren. Zur Symbolpolitik Kopftuch möchte ich noch einmal sagen, mir kommt die Diskussion manchmal so vor, als wie wenn in Eggenberg am Bad ein paar stehen am Beckenrand, die über die Badehaubenpflicht diskutieren und nebenbei ertrinkt einer vor ihnen im Becken. Genauso ähnlich empfinde ich diese Diskussion. Ich bin bei dir, wenn du sagst, dass man bei Jugendlichen, die nicht eigenständig entscheiden können, dass man da eine gewisse Schutzfunktion sozusagen mitunterstützt. Ich bin aber strikt dagegen, dass man nun anfängt, so wie es jetzt im Antrag ist, noch bei Religionen zu unterscheiden. Also eine Ordensschwester soll ihre Kopfbedeckung tragen, die anderen dürfen es

nicht tragen. Also ich kann dir auch sagen, ich kenne konkrete Beispiele, wo eine muslimische Religionslehrerin mit Kopftuch ihren Schülerinnen auch sagt, sie sollen sich nicht zwingen lassen, ein Kopftuch zu tragen. Ihren Schülerinnen sagt, sie sollen im Ramadan etwas trinken und nicht sich so strikt an diese Dinge halten, also die sehr wohl vernünftige Ansätze hat und ich habe Sorge, wenn wir die Frauen herausdrängen aus den Schulen, dass dann wirklich nur mehr die Männer unterrichten in diesem Gebiet und dass das dann erst gänzlich in die falsche Richtung geht.

Zwischenruf GR Sippel: Da haben wir ein Glaubwürdigkeitsproblem.

Haßler:

Also ich oder wir unterstützen eure Intentionen in vielen Punkten. Die letzten drei Punkte, hat die Kollegin eh schon gesagt, können wir nicht mitunterstützen und am Anfang des Antrages steht ja sehr gut drinnen von der Daniela, wir sollen nicht ideologisch da herumstreiten, im Endeffekt geht es um die Kinder und ich glaube, dass man da gemeinsam darum kämpfen sollten, dass endlich im positiven Sinne was weitergeht und nicht immer mit Kopftuch und Deutschförderklassen und sonstigen Symbolen arbeiten, sondern wirklich jenen helfen, die es brauchen (*Appl.*).

Bgm. Nagl:

Zu dem Thema, dass es mich freut, dass wir jetzt doch in einer sehr sachlichen Art und Weise versucht haben, diese zehn Punkte abzuarbeiten. Dass der Aufschrei der Pädagoginnen und Pädagogen unterschiedlich ist, dass es manche auf die Titelseiten geschafft haben, soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass unsere Pädagoginnen und Pädagogen in den Schulen schwerst überfordert sind. Und dass wir alles gemeinsam tun sollten auch zum Erhalt des Friedens in unserer Stadt und unserer Zukunft, das Thema anzugehen. Ich persönlich, und das ist auch innerhalb unserer Fraktion immer

wieder ein Thema und ich nehme an, es wird auch in allen anderen Fraktionen so sein, was ist wirklich die richtige Maßnahme? Wie können wir diese jetzt so stark aufgetretenen neuen Problemstellungen wieder ausräumen? Was können wir tun? Was kann uns dazu einfallen? Das beschäftigt uns alle sehr. Ich habe auch manchmal auch bei der Kopftuchdiskussion, die rauf- und runtergeht sowohl bei den Kindern etc., kann es aus vielen Schulen berichten, mit denen ich rede, und in einer Schulklasse, wo gerade auch von einem Jahr auf das andere plötzlich die Mädchen dann das Kopftuch aufsetzen, wo dann diskutiert wird in den Schulklassen. Ich bekomme das mit. Ich habe nur eine große Sorge. Ich glaube, dass der islamische Fundamentalismus zu einem sehr, sehr großen Prozentsatz von Männern ausgeht. Und ich glaube, dass wir in unserer Gesellschaft gut beraten wären, im Besonderen mit den muslimischen Frauen in Kontakt zu treten, weil ich glaube, die Frauen der Schlüssel auch in den nächsten Jahren sein werden, das ganze Thema zu entschärfen und da sollte uns vielleicht auch einmal verstärkt etwas einfallen, wie wir es überhaupt schaffen, mit den Frauen in Kontakt zu treten und das nicht auch nur den Schulen und den Pädagoginnen zu überlassen, sondern auch einmal darüber nachdenken, wie wir es vielleicht auch als Politik angehen sollten, gemeinsam über viele Frauen, über viele NGOs, ich glaube, dort liegt auch ein Schlüssel drinnen. Sehr wohl ich auch weiß, was das unter Umständen auch in der Familie auslöst. Aber ich glaube, wir müssen die Frauen, die muslimischen Frauen stärken, die uns vielleicht damit auch die derzeitige schwierige Situation an den Schulen und ich habe ein interessantes Buch gelesen über Prägungen und ich möchte das da heute einmal nur wieder hereinbringen, dass wir das in die Diskussion aufnehmen. Die medizinische Wissenschaft sagt uns, dass es zum Lebensglück zwei Dinge braucht. Das eine ist die Prägung, und die kommt vor im Mutterleib und in den ersten beiden Jahren und sie kommt vor in der Pubertät. Da sind wir dann besonders im Schulbereich, das andere ist stark im Familienbereich. Und es sagt uns die Wissenschaft momentan, dass es kaum möglich ist, eine Prägung durch Pädagogik zu overrulen, zu verändern oder stark zu verändern. Das ist, glaube ich, ein Riesen-Thema. Die Prägung passiert, wenn ich so sagen darf, ganz stark zu Hause in den ersten beiden Lebensjahren, aber in der Pubertät dann noch einmal. Und dann

müssen wir halt schauen, wie wir junge Menschen prägen und ich glaube, es weiß jeder aus seinem eigenen Leben. Wenn du das Glück hast, das ist ein Ausruf für die gesamte Gesellschaft, wenn du das Glück hast, in diesen jungen Jahren Menschen um dich zu haben, die dich prägen, ja. Dann brauchen wir nicht alles wieder in Richtung Schule und Pädagogen schieben, die damit ja sowieso fast überfordert sind selbst, wenn wir die Ressourcen erhöhen. Und ich glaube, wir sollten gemeinsam einmal darüber nachdenken, wie wir das Thema der Prägung, vor allem in den Jahren zwischen zwölf und 16, vielleicht mit muslimischen Frauen angehen können. Ich habe auch noch keine Lösung. Aber ich bitte Sie, da gemeinsam mitzudenken, ich glaube, das ist auch ein Schlüssel nebst den zehn wichtigen Punkten, wo es unterschiedliche Meinungen gibt, aber doch merke ich schon zu vielen Punkten eine Übereinstimmung jetzt hier auch im Gemeinderat (*Allgem. Appl.*).

Der Abänderungsantrag im Punkt 4 wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.

Der Antrag zur dringlichen Behandlung Punkt 1, 2 und 3 einstimmiger Beschluss, 4 mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Neos). Punkt 5 und 6 einstimmiger Beschluss, Punkt 7 mit Mehrheit (gegen Grüne und Neos), Punkt 8 und 9 mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Neos), Punkt 10 mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ und Grüne).

9.2 Einrichtung des Unabhängigen Grazer Frauenbeirats (GRⁱⁿ Hopper, ÖVP)

Hopper:

Geschätzter Herr Bürgermeister, liebe Frau Stadträtin, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste auf der Galerie auch oben. Ich darf vielleicht ganz kurz die Ausgangslage erläutern. Wie wir alle wissen, hat Graz in den vergangenen Jahren und seit es eben frauenpolitisch aktiv ist, sehr viele Meilensteine schon gesetzt, die für die Gleichstellung von Frauen und Mädchen gedacht sind und die auch weiter vorantreiben, erfolgreiche Frauen z. Bsp. auch sichtbar machen will und unsere Pionierinnen-Galerie oben im dritten Stock oder auch Anlaufstellen und Ansprechpartner geschaffen für Grazerinnen mit konkreten Problemstellungen und Problemen, die gelöst werden sollten. Auch das Referat für Frauen- und Gleichstellung setzt immer wieder Großartiges um und unterstützt auch über Förderungen immer wieder Projekte im Frauen und Gleichstellungsbereich und das zeigt, glaube ich, und wie gerade der Antrag vorher wieder sehr schön gezeigt hat, ist die Gleichstellung von Frauen und Männer, und da sind wir uns, glaube ich, eh alle einig. Also, da bezweifle ich, dass es hier im Raum irgendjemanden gibt, der da nicht auch zustimmen würde. Dass sie bereichsübergreifend einfach relevant ist, es betrifft alle Bereiche, alle Ebenen und alle Themenfelder, in denen wir uns tagtäglich auch bewegen, vor allem auch für die wir auch politisch zuständig ist als Mitglieder dieses Gremiums hier und die deswegen auch weiterhin zu forcieren sind und ein andauerndes Arbeitsfeld darstellen. Deswegen glaube ich, ist auch die Aufwertung und die Wertschätzung von Gleichstellungspolitik nach wie vor wichtig und ich glaube, dass man da auch ein paar Schritte hier in Graz auch setzen kann. Wie auch im Motiventext erwähnt, gibt es sehr, sehr viele Städte, die bereits ein eigenes, repräsentatives, unabhängiges und auch weisungsfreies Gremium etabliert haben, in dem sich Vertreterinnen aus Organisationen und Institutionen, die sich im frauenpolitischen Bereich einsetzen oder auch frauenpolitische Beauftragte haben. Sei das jetzt im politischen oder auch im engagierten Bereich. Wir haben heute ein paar SchülervertreterInnen auch oben. Also,

was für Bereiche dann in verschiedenen Gremien vertreten sind, ist dann noch zu eruieren. Diese Gremien setzen sich vor allem damit auseinander oder sehen ihre Hauptaufgabe vor allem darin, durch Anregungen, Empfehlungen und auch Stellungnahmen beratend tätig zu sein. Beratung nicht nur für die Verwaltungsorgane hier in den respektiven Städten, sondern auch für politische Referate und ich glaube, das ist gerade deswegen ein sehr, sehr gutes Projekt, weil wir sowas noch nicht haben und das eine Aufwertung in Graz wäre. Ich denke, um in Graz auch eine einheitliche Stimme gerade für Frauen und Mädchen zu etablieren und Frauenanliegen und Forderungen auch weiter voranzutreiben, darf ich heute im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs und auch des Gemeinderatsklubs der Freiheitlichen Fraktion den

Antrag

stellen, dass der Gemeinderat der Stadt Graz die zuständigen Abteilungen der Stadt beauftragen möge zu prüfen, welche Schritte für die Einführung eines Unabhängigen Grazer Frauenbeirates notwendig wären und ein Konzept zur Initiierung eines Unabhängigen Grazer Frauenbeirates zu erstellen und dann bis 17. Jänner nächsten Jahres auch darüber Bericht zu erstatten. Ich erlaube mir noch ein paar Erläuterungen dazu, warum das aus unserer Sicht eines dringlichen Antrags bedarf und auch wieso wir ihn heute auch stellen möchten. Ein paar Gespräche habe ich schon führen dürfen. Uns ist sehr wohl bewusst, dass natürlich ein schneller ein Beirat etabliert wäre, wenn wir hier mit einem Konzept hergehen und sagen, wir hätten, wir könnten uns gut vorstellen, dass das die Organisationen sind. Die sind aus unserer subjektiven Wahrnehmung pi mal Daumen sehr objektiv und wir hätten den jetzt hier gerne beschlossen. Uns ist aber sehr wohl auch wichtig, dass das ein Beirat ist, wo auch ein Konzept dahinter ist, wo nachvollziehbar ist, wer die Mitglieder in diesem Beirat sind, wo nicht einseitig beschlossen wird, wer hier drinnen ist, sondern ein Prozess auch stattfindet, wo wissenschaftlich auch begleitet wird, was für Organisationen wir hier in Graz bereits haben, wie man diese Gruppen auch zusammenfassen kann, um dann ein konstruktives und repräsentatives Gremium auch hier zu etablieren. Ich darf vielleicht,

meine Kollegin wird dann auch noch ein bisschen was dazu ausführen, die Claudia, und darf mich dann abschließend noch einmal zu Wort melden. Bitte natürlich um Zustimmung und freue mich, auch in Zukunft auf einer höheren Ebene und auf einer fixierten und offiziellen Ebene hier ein Gremium im Grazer Rathaus zu haben, das sich für frauenpolitische Anliegen einsetzt und stark macht. Dankeschön.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Die Stadt Graz war in der Vergangenheit oft Vorreiter im Bereich der Frauen- und Gleichstellungspolitik. So wurde Grete Schurz, bevor es noch ein eigenes Referat für Frauen innerhalb der Grazer Stadtverwaltung gab, mit einem breiten Aufgabenfeld betraut. So war sie zuständig für die Information und Unterstützung von Grazer Frauen und Mädchen bei der Durchsetzung ihrer Rechte, für die Schaffung von Schnittstellen zwischen Bürgerinnen, Verwaltung und Politik sowie für die Sensibilisierung und Verbesserung im Bereich der Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen. Seither wurden viele Meilensteine gesetzt, die geeignet waren, die Gleichstellung von Grazer Frauen und Mädchen weiter voranzutreiben. Erfolgreiche Frauen wurden sichtbar gemacht und Anlaufstellen und Ansprechpartner für Grazerinnen konnten geschaffen werden.

Vor sechs Jahren ist die Stadt Graz auch der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene beigetreten und hat sich damit auch der Förderung von Gleichstellung in sieben unterschiedlichen Handlungsbereichen verpflichtet, die von Beschäftigung über Gesundheit bis hin zu Sicherheit reichen.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein für alle Bereiche, auf allen Ebenen und in allen Themenfeldern zu forcierendes und dynamisches Arbeitsfeld. In vielen Städten gibt es aus diesem Grund ein eigenes repräsentatives, unabhängiges sowie weisungsfreies Gremium, das die Organe der Verwaltung in allen Fragen, welche die Interessen von Frauen betreffen, berät. Durch Anregungen, Empfehlungen und

Stellungnahmen soll somit die Gleichstellung und Förderung von Frauen politisch weiterentwickelt werden.

Mit der gleichen Sorgfalt und Wertigkeit muss Gleichstellungspolitik auch in Graz betrieben werden. Die Einsetzung eines unabhängigen Beirates, in dem Organisationen und Institutionen, die sich in Graz in diversen Bereichen für Frauen und Mädchen einsetzen, vertreten sind, stellt einen weiteren wichtigen Schritt in diese Richtung dar. Ideal wäre zudem eine wissenschaftliche Begleitung dieses Prozesses, wodurch die Erhebung bereits existierender und engagiert arbeitender Organisationen bzw. Institutionen sowie auch die Auswahl endgültiger Mitgliederorganisationen sichergestellt werden soll.

In Graz fehlt ein offizielles Gremium dieser Art, das als einheitliche Stimme aller Grazerinnen die Frauen- und Gleichstellungspolitik in unserer Stadt vorantreiben kann.

Daher stelle ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs und des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs der Stadt Graz nachfolgenden

dringlichen Antrag:

Die Präsidialabteilung der Stadt Graz möge prüfen, welche Schritte für die Einführung des Unabhängigen Grazer Frauenbeirates notwendig wären und ein Konzept zur Initiierung desselben erarbeiten.

Die Präsidialabteilung möge dem Gemeinderat bis zur Gemeinderatssitzung am 17. Jänner 2019 von den Ergebnissen berichten.

StRⁱⁿ **Wirnsberger:**

Frau Gemeinderätin Anna Hopper, liebe Anna, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste auf der Galerie. Ich möchte ganz zum Eingang einmal etwas betonen, ich finde es sehr bedauerlich und würde mir da eine andere Kultur wünschen hier in diesem Sitzungssaal, wenn eine junge Frau vorne spricht, dass man ihr auch in der Form konzentriert Gehör schenkt wie den älteren Kolleginnen und Kollegen. Das habe ich gerade sehr bedauerlich gefunden (*Appl.*) und auch, dass die Reihen plötzlich fast wie leergefegt gewesen sind. Das einmal vorne weg. Zu deinem Antrag, Anna, es wird euch jetzt wenig verwundern, dass mein Vertrauen in euren Wunsch, gemeinsam Lösungen für die Frauen in Graz zu finden, mehr als endenwollend ist. Anna, wir haben vorhin ein Gespräch geführt und dass ich dich gebeten habe, ich erläutere gerne warum das der Fall ist. Es ist bereits zum zweiten Mal, seit ich Frauenstadträtin hier bin, von eurer Seite so vorgegangen worden, dass man im Vorfeld zwar vielleicht einmal Gespräche geführt hat. Das einmal Mal da ging es um die Unabhängige Frauenbeauftragte. Da haben wir auch sehr intensiv uns zusammengesetzt, wir haben auch eine mündliche Einigung, einen gemeinsamen Nenner gefunden und da wurde dann in einer sehr raschen Aktion hat diese nicht gehalten. Das heißt, die Handschlagsqualität muss ich leider anzweifeln und ihr habt mit eurer Mehrheit etwas anderes beschlossen. Auch jetzt, wo es um die Frage eines Beirates geht, hat der Bürgermeister im Vorfeld Gespräche geführt mit dem Frauenrat, auch mit mir. Einfach einmal diese Idee angesprochen. Ihr wusstet, dass die Frauenratssitzung gestern Abend stattfindet, das wisst ihr, weil ihr bekommt die Einladungen dazu. Ihr wusstet auch, dass der Frauenrat offen dafür war, eine Annäherung zu dem Thema einmal zuzulassen und ihr habt alle in dem Glauben gelassen, gut, jetzt diskutiert man da einmal darüber, dann setzt man sich an einen Tisch. Aber nein, ihr schafft, noch bevor die Möglichkeit besteht, sich da tatsächlich sachlich gemeinsam auseinanderzusetzen, bereits wieder Tatsachen mit diesem dringlichen Antrag. Damit bleibt mir nichts anderes als zu vermuten, dass dahinter weniger der Gedanke steht, dass man gemeinsam mit allen Fraktionen und vor allem gemeinsam mit den Institutionen, die lange verdient sind, und du hast einige Erfolge hier aufgezählt, die es nicht gäbe, wenn es den Grazer Frauenrat nicht gäbe. Ich

komme zu dem Schluss, dass es nicht darum geht, gemeinsam hier eine Lösung zu finden, sondern dass ÖVP und FPÖ eine eigene frauenpolitische Agenda verfolgen, die mich auch nicht gerade zuversichtlich stimmt. Wenn ich mir ansehe, wie auf Bundesebene hier Frauenpolitik gemacht wird, wo beispielsweise Gelder für ganz wichtige Gewaltpräventionsprojekte eingespart werden und gleichzeitig aber plötzlich Burschenschaften aus dem Frauen- und Familienressort gefördert werden. Es tut mir leid, wir werden selbstverständlich gegen diesen Antrag stimmen. Wir haben im Vorfeld versucht, einen gemeinsamen Weg zu finden. Wir werden natürlich auch weiterhin in Gespräche gehen, aber diese Vorgehensweise zeigt für mich einmal mehr nur, dass es nicht um Gemeinsames geht, dass es nicht um Diskussionen auf Augenhöhe geht, sondern dass es darum geht, ihr habt die Mehrheit hier in diesem Sitzungssaal. Diese Hoheit spielt ihr auch in diesem Falle wieder aus, das finde ich sehr bedauerlich. Denn Frauenpolitik ist etwas, das uns alle angeht, das übergreifend ist, wo es noch viel zu tun gibt und ich hätte mir gewünscht, dass dieser dringliche Antrag zurückgezogen wird und ihr das Angebot angenommen hättet, alsbald nächste Woche einen gemeinsamen Termin auch mit den Vertreterinnen des Frauenrates zu finden und einmal hier ins Gespräch zu gehen und dann hätten wir vielleicht, möglicherweise sogar schon in der nächsten Sitzung, gemeinsam ein Konzept vorlegen können
(Allgem. Appl.).

GRⁱⁿ Braunersreuther:

Sehr geehrte ZuhörerInnen, liebe Tina, danke, du hast schon einiges von dem, was ich dazu sagen wollte, vorweggenommen. Liebe Anna, dem Motiventext deines Antrages können wir durchaus folgen. Es braucht unbedingt ein unabhängiges Gremium, das sich für Frauen und Gleichstellung einsetzt. Denn es wird in dem Bereich allen Hoffnungen zum Trotz nicht besser. Gerade in jüngster Zeit wird es wieder sehr viel schlimmer und schlechter. Du hast nur eines vergessen, das hätte sich vielleicht auch aufklären lassen, wenn du bei der gestrigen Frauenratssitzung gewesen wärest oder wenn du eben auf dieses Angebot des Frauenrates zu einem Gespräch vorher

zurückgekommen wärst, weil du hast gesagt, du konntest gestern nicht. Kann ja mal sein. Da hätte sich eines aufklären lassen, nämlich mit Grete Schurz ist nicht nur damals diese Frauenbeauftragte eingesetzt worden, sondern, es ist eben auch der Frauenrat als unabhängiges und offizielles Gremium gegründet worden, das offiziell auch bis heute besteht. Der Frauenrat war und ist nicht nur irgendeine Stimme für Frauen- und Gleichstellungspolitik, sondern er ist eine dezidiert feministische Stimme, die eine Frauenpolitik verfolgt, die mir und uns sehr viel näher ist als das, was derzeit durch die schwarz oder türkisblaue Regierung verfolgt wird. Leider ist diese Stimme nicht mehr so laut, weil dem Frauenrat alle finanziellen Mittel gekürzt wurden. Deshalb stelle ich im Namen unseres Gemeinderatsklubs den

Abänderungsantrag,

der Grazer Frauenrat möge wieder mit den nötigen finanziellen Ressourcen äquivalent zur Finanzierung vor Streichung der Mittel ausgestattet und als offizielles Gremium zur Förderung von Frauen- und Gleichstellungspolitik in all seinen bisherigen Funktionen anerkannt werden (*Appl. Allgem.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Dem Motiventext kann weitgehend gefolgt werden. Mit Grete Schurz wurde vor 30 Jahren jedoch nicht nur eine Frauenbeauftragte eingesetzt, sondern auch das offizielle Gremium des Frauenrates installiert. Bis heute gibt es dieses offizielle Gremium, das als feministische Stimme für GrazerInnen die Frauen- und Gleichstellungspolitik vorantreiben kann. Leider wurden diesem Gremium die finanziellen Mittel gestrichen, so dass es diese Aufgabe nur noch sehr eingeschränkt erfüllen kann.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

Abänderungsantrag:

Der Grazer Frauenrat möge wieder mit den nötigen finanziellen Ressourcen, äquivalent zur Finanzierung vor Streichung der Mittel, ausgestattet und als offizielles Gremium zur Förderung von Frauen- und Gleichstellungspolitik in all seinen bisherigen Funktionen anerkannt werden.

Bgm. Nagl:

Frau GRⁱⁿ Braunersreuther, bei mir liegt jetzt ein schriftlicher Abänderungsantrag vor, der letzte Satz, und da ging es plötzlich um finanzielle Mittel, glaube ich, weil das geht schriftlich nicht, weil da müssen wir aufpassen, was zulässig ist und was nicht zulässig. Aber das können wir dann noch besprechen.

GRⁱⁿ Wutte:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich denke, das Wesentliche wurde von unserer Frauenstadträtin und auch von der Kollegin Braunersreuther zum Ausdruck gebracht. Ich möchte da auch nicht die Debatte unnötig in die Länge ziehen, weil wir eh wissen, dass es schon spät ist. Klar ist, dass es wahnsinnig schade ist, dass man in einer so wichtigen Agenda wie der Frauen- und Gleichstellungspolitik nicht an einem gemeinsamen Strang hier ziehen können. Ich finde es wahnsinnig schade, dass gerade die Frauen- und Gleichstellungspolitik in Graz für politische Machtspielchen missbraucht wird. Weil das ist das, was hier passiert. Und es ist einfach traurig. Ich stelle daher namens der Grünen folgenden

Abänderungsantrag gemeinsam mit der SPÖ:

Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zum Grazer Frauenrat als unverzichtbares Gremium zur Förderung von Frauen- und Gleichstellungsanliegen sowie zu seiner adäquaten Ausstattung mit den notwendigen finanziellen Mitteln.
Danke (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Eingangs sei darauf hingewiesen, dass im vorliegenden dringlichen Antrag der Grazer Frauenrat, der sich seit über 30 Jahren für Gleichstellung und Feminismus in Graz einsetzt, mit keinem Wort erwähnt wird. In der Vergangenheit wurde wiederholt der Wunsch geäußert, dass der Frauenrat sich verbreitert und neue Mitglieder anspricht. Zu diesem Punkt gab es ja auch schon Gespräche zwischen dem Frauenrat und den Frauensprecherinnen der Gemeinderatsfraktionen, die in einer überparteilichen Vereinbarung mündeten. Daher ist es nicht nachvollziehbar, dass nun über einen dringlichen Antrag eine Parallelstruktur aufgebaut werden soll. Ziel sollte vielmehr sein, die bestehende Struktur zu verankern und mit den entsprechenden Ressourcen auszustatten.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zum Grazer Frauenrat als unverzichtbares Gremium zur Förderung von Frauen- und Gleichstellungsanliegen sowie zu seiner Ausstattung mit allen notwendigen finanziellen Mitteln.

GRⁱⁿ Marak-Fischer:

Wie schon Kollegin Manuela Wutte gesagt hat, ist der Abänderungsantrag von unseren beiden Fraktionen. Ich möchte es auch noch einmal ganz kurz begründen. Also, wir haben in Graz glücklicherweise einiges bereits an Infrastruktur, das sich um die Gleichstellung von Frauen und Mädchen bemüht, vor allem aber auch um Frauenpolitik und ich möchte es auch ein bisschen auseinanderhalten. Gleichstellung ist nicht unbedingt Frauenpolitik bzw. Frauenpolitik auch mehr als Gleichstellung, und Feminismus ist mehr als reines Gleichstellungsthema und der Grazer Frauenrat ist eine

wichtige Einrichtung, in dem sehr vielfältig alle oder möglichst alle Institutionen vertreten sind, die sich um Frauenanliegen kümmern. Und das führt auch dazu, dass dieser Frauenrat nur normal manchmal auch durchaus ein Streitbares Gremium ist. Denn, wie man sich vorstellen kann, ist genau diese Diversität eben nicht immer nur einer Meinung und das ist aber gleichzeitig auch die Stärke des Frauenrates aus meiner Sicht. Und die Forderung nach einer einheitlichen Stimme, wie es hier im Antrag, liebe Anna, formuliert ist, eine einheitliche Stimme, was ist das? Das heißt, es gibt dann nur eine einzige Position? Aus unserer Sicht ist das eben zu wenig und kann auch nicht alle vertreten, wie es weiter im Antrag steht. Eine einheitliche Stimme, die alle Frauen von Graz vertritt, wie soll das gehen? Und das kann sicher nicht mit einem Beirat, der aus ein paar Mitgliedern besteht und bei der Präsidialabteilung angesiedelt ist, gehen. Wir sind auch der Meinung, dass der Frauenrat in der derzeitigen Form noch ausgebaut werden sollte, dass er erweitert und geöffnet werden sollte und ich glaube, Anna, die Frauenstadträtin hat es auch schon gesagt, wir haben darüber viele Gespräche geführt. Wir waren kurz vor einer wirklich guten Lösung und es ist ausgesprochen bedauerlich, dass ÖVP und FPÖ dann vom Verhandlungstisch aufgestanden sind und eigentlich nicht mehr zurückgekehrt sind und stattdessen eigene Dinge plötzlich einrichten und manchmal liegt tatsächlich der Verdacht nahe, dass es hier nicht um Frauenpolitik, sondern um politische Spielchen geht. Wenn plötzlich die Ombudsschaft eingerichtet wird ohne die Frauenstadträtin, wenn plötzlich ein Beirat zusätzlich eingerichtet werden soll, ohne die Frauenstadträtin und ohne es vorher mit ihr auszumachen. Was ist das Nächste? Wird es einen zusätzlichen Frauenstadtrat geben, ohne die Frauenstadträtin? Oder wie geht es da weiter? Also aus unserer Sicht machen wir bei diesen politischen Spielchen nicht mit und stimmen daher diesem Frauenbeirat auch nicht zu (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ **Schönbacher:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr Kollegen, liebe Gäste. Anhand der Diskussion sieht man, wie wichtig dieses Thema ist und vor allem wie wichtig es ist, dass man in dieser Ansicht frei ist, weil, dass wir mit unserer politischen Meinung nicht immer einer Meinung sein werden, das ist ganz klar. Weil sonst wären wir alle von der gleichen Partei. Und das brauchen wir in der Demokratie auch nicht. Liebe Frau Stadträtin, dass Sie ein bisschen beleidigt reagieren, das verstehe ich natürlich. Aber ich muss auch dazusagen, es war von Ihnen ein feiner Zug, dass Sie uns alle eingeladen haben, dass wir alle unsere Anliegen und unsere Forderungen einbringen durften. Ich habe das als sehr positiv empfunden, aber leider muss dann ein Missverständnis zwischen uns passiert sein. Weil es ist nämlich nichts passiert und das hat uns dazu veranlasst, dass wir uns einfach selbst Überlegungen ausgedacht haben, was könnte man tun, das eben in so einem wichtigen Thema wie eben das Frauenthema und die Gleichstellung, ist. Dass da eben etwas weitergeht. Der Frauenrat hat sehr viel geschafft, das stimmt. Dieses Gremium ist bestimmt ein tolles Gremium. Wir haben uns auch mit ihnen zusammengesetzt. Ich habe auch diverse Sitzungen besucht. Meiner Meinung nach beschäftigt sich der Frauenrat erstens einmal mit zu globalen Themen, die jetzt gerade Graz nicht direkt betreffen. Auch da habe ich jetzt nicht wirklich feststellen können, dass jetzt so viel noch weitergehen würde und vor allem, warum diese mündliche Einigung geplatzt ist, das habe ich eh schon mehrmals gesagt. Weil ich möchte das gerne noch einmal wiederholen. Diese Einigung ist deshalb geplatzt, weil der Frauenrat hat uns sehr wohl zugesagt, dass es sich vergrößern würde, aber was hilft das, wenn die Vereine, die sich zurückgezogen haben, einfach nicht mehr dorthin gehen wollen und vor allem, wenn der Frauenrat, obwohl er schon so viel geschafft hat, auch gänzlich unbekannt ist und das hängt nicht nur immer mit finanziellen Mitteln zusammen, meiner Meinung nach. Deshalb finde ich, wir sollten einfach in die Zukunft schauen, das Alte, das es bis jetzt gab und natürlich auch weitergeben soll, das ist gut, ja, aber man kann auch etwas Neues machen und wir haben uns eben zusammengesprochen, abgesprochen in der Hoffnung, dass wir hier einen Frauenbeitrag gemeinsam einrichten können, der eben wirklich die Problematik, die

Frauen und Mädchen in Graz haben auch wirklich zusammenfasst, weil ich sehe das. Ich sitze auch im Beirat für Menschen mit Behinderung und da gibt es auch sehr viele Vorschläge und da werden sehr viele Problemlösungen erarbeitet und die Politik kann das dann mitnehmen und auch demokratisch dann beschließen und ich finde, das ist etwas sehr Gutes und deshalb hoffe ich trotz alledem um Ihre Zustimmung, weil es ist wirklich wichtig, dass wir im Thema Frauen und Mädchen und Gleichstellung auch wirklich gemeinsam etwas weiterbringen (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ Gmeinbauer:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Frau Stadträtin, lieber Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte mich grundsätzlich inhaltlich meiner Vorrednerin Claudia Schönbacher anschließen. Möchte aber dennoch ganz gezielt auch die Frauenstadträtin ansprechen. Wenn du sprichst von keiner Annäherung. Wir haben mehrmals bei dir im Büro dahingehend dich gebeten, dass wir uns gemeinsam annähern, wenn es um das inhaltliche Konzept des bestehenden Frauenrates geht. Von daher ist bedauerlicher Weise von dir, wenn man so schön sagt, der Schranken gefallen, dass du in so, wie er besteht haben möchtest und darüber hinaus kann man gerne noch reden, was man da vielleicht dazu bastelt. So wie es auch jetzt die Kollegin Schönbacher erklärt hat. Nur ich bin der Meinung und ich meine dieser Frauenrat auch wenn er da jetzt als offizielles Gremium bezeichnet wurde, hat keine Monopolstellung. Und wie wir alle wissen, wer in der Wirtschaft tätig ist, Wettbewerb kann nur beleben. Und dennoch auch heute wurde gesagt, wir sind bereit, diesen Frauenbeirat gemeinsam aufzuziehen und selbstverständlich und das ist uns auch bewusst, dass Institutionen und Ngos, die im derzeitigen Frauenrat tätig sind, sind auch selbstverständlich bei uns willkommen. Und wir wollen hier nicht jetzt die Frauenpolitik in Zukunft in Graz spalten und es ist jeder von euch eingeladen da mitzuwirken. Das möchte ich noch einmal bekräftigen. Und es ist auch klar, dass es hier unterschiedliche Zugänge gibt. Nur, wenn ich einem Konzept, das vor vielen,

vielen Jahren entstanden ist, inhaltlich nicht mehr zustimmen kann und darum bitte, dass man es bitte weiterentwickelt und in die Zukunft schaut, was sind eigentlich unsere Frauenthemen in Graz und was brauchen unsere jungen Frauen und unsere Damen aus allen Gesellschaften? Und wenn das nicht möglich ist, dass man sich über diesen Dialog annähert, dann tut es mir leid, so bin ich es gewohnt in meiner Selbstständigkeit, dann muss ich eben was Eigenes aufziehen. Dankeschön (*Allgem. Appl.*).

Bgm. Nagl:

Dann darf ich jetzt bei den Abänderungsanträgen folgende neue Formulierung verlesen. Beim gemeinsamen Antrag der Grünen-Fraktion mit der SPÖ soll es im Abänderungsantrag zum Schluss folgendermaßen lauten, also im Text:

Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zum Grazer Frauenrat als unverzichtbares Gremium zur Förderung von Frauen- und Gleichstellungsanliegen sowie zu seiner Ausstattung mit den vorhandenen finanziellen Mitteln des Frauenreferates.

Das ist deswegen notwendig, weil ich ansonsten auf Grund des Finanzbezuges diesen Abänderungsantrag gar nicht zulassen dürfte und dasselbe müssen wir bitte dann auch im KPÖ-Antrag einsetzen:

Der Grazer Frauenrat möge wieder mit den vorhandenen finanziellen Ressourcen des Frauenreferates ausgestattet und als offizielles Gremium anerkannt werden.

Der Abänderungsantrag der KPÖ wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, KPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.

Der Abänderungsantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, KPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.

Der dringliche Antrag von GRⁱⁿ Anna Hopper wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, KPÖ, Grüne und Neos) angenommen.

**9.3 Maßnahmen zu mehr Versickerung von Niederschlagswasser
(GRⁱⁿ DI.ⁱⁿ Braunersreuther, KPÖ)**

GRⁱⁿ Braunersreuther:

Sehr geehrte Damen und Herren. Ich versuche es, kurz zu machen, denn wir alle wissen, da kann man an den Klimawandel glauben oder auch nicht, dass es in den Städten zunehmend heißer und trockener wird. Und deswegen bin ich der Ansicht und ich folge da wissenschaftlichen Meinungen, dass man alle Maßnahmen dagegen ergreifen muss, um das zu verhindern. Denn diese Hitze, diese Trockenheit, die führt dazu, dass sich die Menschen nicht mehr wohlfühlen in den Städten, sondern dass sie auch krank werden. Es gibt vermehrt Hitzetote und dem wollen wir doch eigentlich alle gegenwirken. Deswegen bringe ich einen dringlichen Antrag ein, dass wir, um für zukünftige Bauten eine Grundlage in den Verordnungen der Stadt zu schaffen, haben wir bereits einen Antrag auf Aufnahme verbindlicher Versiegelung im räumlichen Leitbild gestellt. Einen normalen Antrag, der hier und in der Öffentlichkeit oft untergeht, deswegen erwähne ich den hier. Doch heißt es, auf Grund der Dringlichkeit der Thematik auch Anreize zur Entsiegelung bestehender Flächen zu schaffen, wie sich an großen Erfolgen im deutschen Bundesland Nordrhein-Westfalen gezeigt hat. Ich habe dort gewohnt und ich kann das wirklich aus der Praxis berichten. Es sind finanzielle Anreize dafür ein probates Mittel. Allerdings soll es bei diesen finanziellen Anreizen weniger um Bezahlung von Gebühren gehen, sondern um Ermäßigungen, denn damit kriegt man bekannterweise die Leute am leichtesten dazu, etwas zu machen. Auf Grundlage des Landeswassergesetzes Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Regenwasser der deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft wurde dort ein Maßnahmenbündel geschnürt, das günstigere Abwassergebühren, eine Befreiung der Regenwässer bzw. Versiegelungsabgabe und Zuschüsse von Gemeinden bei aktiven Entsiegelungsmaßnahmen beinhaltet. Das hat dazu geführt, dass sowohl private Hauseigentümer z. Bsp. Innenhöfe von Plattierungen befreien und begrünen. Aber auch Supermarktketten und Betriebe verstärkt auf wasserdurchlässige Beläge für ihre Parkplätze setzen. Voraussetzung für ein solches Vorgehen wäre natürlich die

Einführung einer Abwassergebühr für Regenwasser, das nicht am Grundstück versickern kann. Ich stelle deshalb den

Antrag zur dinglichen Behandlung:

Die zuständigen Abteilungen, insbesondere die Stadtbaudirektion und die Abteilung für Grünraum, werden ersucht, ein Maßnahmenpaket zur Attraktivierung der Entsiegelung von Flächen und damit für die Versickerung von mehr Niederschlagswasser zu erarbeiten. Das Vorbild von Nordrhein-Westfalen soll in diese Überlegungen miteinbezogen werden. Ein Bericht über die Ergebnisse und die weitere Vorgehensweise soll dem Gemeinderat bis zu seiner Sitzung im Dezember 2018 vorgelegt werden. Ich bitte um die Annahme, denn ich denke, diese Sache ist wirklich äußerst dringlich (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Der Klimawandel mit all seinen negativen Auswirkungen hat Zentraleuropa voll erreicht. Besonders extrem sind seine Auswirkungen in den stark verbauten Ballungsräumen. Auch in Graz zeigt die Stadtklimaanalyse seit dem Jahre 1986 einen stetigen Anstieg der Temperaturen in der Stadt, was zu einer Verschärfung und Verschlechterung des Stadtklimas führt

In Graz sind ca. 27 Prozent des bewohnbaren Raumes bereits versiegelt. Das bedeutet den Verlust von Grünraum, Bäumen, Sträuchern und Lebensraum sowie von genügend Möglichkeiten für die Wasserversickerung. Bodenversiegelung hat vor allem einen großen Einfluss auf das Mikroklima. Die Folge: In der Stadt wird es immer heißer. Die Temperaturunterschiede zwischen einem bebauten und stark versiegelten Stadtteil und dem Umland können erwiesenermaßen zwischen fünf und zehn Grad ausmachen.

Unversiegelter Boden kühlt die Luft auf natürliche Weise durch Verdunstung des Wassers. Er kann bei starken Regenfällen große Mengen an Wasser aufnehmen und so Überschwemmungen mit Millionenschäden vermeiden helfen.

Damit Graz nicht zur Wüstenstadt verkommt, müssen dringend verbindliche Richtlinien zur Beschränkung von zukünftiger Versiegelung und einer Entsiegelung von Nutzflächen - wie zum Beispiel Innenhöfe, Parkplätze, Zufahrtswege, Gehwege in Parkanlagen, Straßenbahngleise, alte leerstehende Fabrikhallen – geschaffen werden.

Um für zukünftige Bauten eine Grundlage in den Verordnungen der Stadt zu schaffen, haben wir einen Antrag auf Aufnahme verbindlicher Versiegelungsgrenzen im Räumlichen Leitbild 1.0 gestellt. Doch heißt es aufgrund der Dringlichkeit der Thematik auch, Anreize zur Entsiegelung bestehender Flächen zu schaffen. Wie sich an großen Erfolgen im deutschen Bundesland Nordrhein-Westfalen gezeigt hat, sind finanzielle Anreize dafür ein probates Mittel. Auf Grundlage des Landeswassergesetzes v. a. des Arbeitsblattes A 138 „Planung, Bau und Betrieb von Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser“ und des Merkblattes M 153 „Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Regenwasser“ der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft (DWA) wurde dort ein Maßnahmenbündel geschnürt, das günstigere Abwassergebühren, eine Befreiung von der Regenwasser- bzw. Versiegelungsabgabe und Zuschüsse von Gemeinden bei aktiven Entsiegelungsmaßnahmen beinhaltet. Dies hat dazu geführt, dass sowohl Hauseigentümer z. B. Innenhöfe von Plattierung befreien und begrünen, aber auch Supermarktketten und Betriebe verstärkt auf wasserdurchlässige Beläge für ihre Parkplätze setzen. Voraussetzung für ein solches Vorgehen wäre die Einführung einer Abwassergebühr für Regenwasser, das nicht am Grundstück versickern kann und/oder eine Versiegelungsabgabe.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates):

Die zuständigen Abteilungen, insbesondere die Stadtbaudirektion, die Abteilung für Grünraum und Gewässer, das Stadtplanungsamt sowie die Abteilung für Gemeindeabgaben werden ersucht, ein Maßnahmenpaket zur Attraktivierung der Entsiegelung von Flächen und damit für die Versickerung von mehr Niederschlagswasser zu erarbeiten. Das Vorbild von Nordrhein-Westfalen soll in die Überlegungen miteinbezogen werden.

Ein Bericht über die Ergebnisse und die weitere Vorgehensweise soll dem Gemeinderat bis zu seiner Sitzung im Dezember 2018 vorgelegt werden.

GR DI. Topf:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank und auch im Gemeinderat und Zuhörerinnen und Zuhörer. Wir werden der Dringlichkeit aus unserer Sicht zustimmen, Frau Kollegin Braunersreuther, weil das natürlich eine Maßnahme sein muss, ein Bündel von Maßnahmen, das dazu führt, tatsächlich diese Versickerung von Niederschlagswasser aktiv zu betreiben. Ich möchte nur dazusagen, dass ohnedies alle Maßnahmen, die im Zusammenhang mit Bauverfahren, aber auch in den Bebauungsplänen schon darauf hindeuten. Also, ich kenne sehr viele Baubescheide, wo ohnedies von vorneherein schon in einer Auflage formuliert wird, dass das Niederschlagswasser, das unbelastet ist, man spricht das im Fachgebrauch als unbelastetes Niederschlagswasser, zur Versickerung gebracht wird. Also selbst bei meinem Hausbau im Jahre 1980 wurde schon ganz klar vorgeschrieben, dass ich mein Dachwasser und das Wasser aus dem Terrassenbereich oder der Zufahrt auf keinen Fall sozusagen hier in den Kanal einleiten darf. Also das heißt, diese Maßnahmen sind schon sehr alt und werden nach wie vor gepflogen. Im klassischen Bauverfahren, aber auch in den Bebauungsplänen gibt es überall schon die entsprechenden Forderungen, hier auf jeden Fall diese Versickerung von Niederschlagswasser zuzulassen. Ich möchte nur betonen, dass wir speziell in der Stadt Graz, und jetzt komme ich zu einem Punkt, der mir sehr wichtig ist, auch die qualitative Komponente berücksichtigen müssen. Wir wissen, dass wir sowohl im Süden das

Grundwasser-Werk Feldkirchen als auch im Norden das Grundwasser-Werk Andritz haben und beinahe das gesamte Stadtgebiet von Graz ist wasserwirtschaftlich ein sensibler Bereich. Das heißt, wir dürfen nicht überall jegliches Niederschlagswasser versickern eben aus den Forderungen des Grundwasserschutzes. Das ist ein Punkt, der besonders in Graz zutreffend ist, nachdem wir von Norden und auch vom Süden sozusagen hier diese Begrenzungen haben. Wir versuchen allerdings schon bei den Straßenentwässerungen, wir kennen das Modell, das jetzt in der Eggenberger Allee z. Bsp. angewandt wurde oder auch vorgestellt wurde jetzt bei der Esplanade im Bereich Reininghaus, wenn auch schon die Straßenentwässerungen sozusagen so wie in einer Form kreierte, dass wir nicht mehr unmittelbar Einleitungen in das Kanalsystem haben. Ich denke, dass das ein Maßnahmenkatalog oder dass dieses Bündel schon ausreicht, hier diese Versickerungsmaßnahmen zügig voranzutreiben und ich werde dann im Anschluss zur Diskussion der Dringlichkeit, der wir zustimmen, auch einen Abänderungsantrag einbringen.

Vorsitzwechsel – StR Hohensinner übernimmt den Vorsitz (18.03 Uhr).

GRⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, die noch ausharren auf der Galerie. Ich habe das Gefühl, in letzter Zeit wird wenig über Klimaschutz gesprochen und viel über Klimawandel-Anpassung, so als gäbe es nicht im Bereich Klimaschutz, der eigentlich der Auslöser ist und damit man wieder beim Kausalitätsprinzip wären. Ja, jedenfalls neben verstärkten Maßnahmen zum Klimaschutz sind Schritte zur Anpassung an die nicht mehr abwendbaren Folgen des Klimawandels sicherlich auch nötig. Die Stadt Graz hat ja bereits im Jahr 2016 eine Klimawandel-Anpassungsstrategie beschlossen und seitdem wird auch schon an der Umsetzung gearbeitet und einige Maßnahmen wurden auch bereits umgesetzt. Derzeit wird unter Hochdruck an einem Zwischenbericht 2018 gearbeitet. In diesem Zwischenbericht geht es auch um die

Themen Wasserhaushalt und Wasserwirtschaft und damit um Entsiegelung und Versickerung. Eigentlich arbeiten wir ohnehin schon dran und eigentlich ist der Antrag daher nicht dringlich. Aber wir haben bereits unter Schwarz-Grün mit unserem damaligen Koalitionspartner ÖVP über eine Ökologisierung der Kanalgebühren diskutiert. Besonders mein damaliger Kollege Gerhard Wohlfarth war da sehr aktiv und es ist uns nicht gelungen, dieses Steuerungsinstrument über die Kanalgebühren einfach stärker zur Versickerung zu motivieren. Es ist uns nicht gelungen, das mit der ÖVP umzusetzen. Daher begrüßen wir natürlich jede Initiative zu diesem Thema und werden sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zustimmen. (*Allgem. Appl.*).

StR Hohensinner:

Ich nehme an, die Dringlichkeit wird zustande kommen, deswegen wünscht die Antragstellerin kein Schlusswort zur Dringlichkeit.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Topf:

Ich möchte vielleicht noch einmal anführen diese Gebührensituation. Es ist also in Graz tatsächlich so, und das ist vielleicht gar nicht so bekannt, dass wir Kanalgebühren auch einheben für versiegelte Hofflächen z. Bsp. Das ist ein Einheitssatz, der in etwa, ich habe es mir genau herausgesucht, eine Größenordnung von nicht ganz € 11,00, hat pro Quadratmeter. Das heißt, es ist überhaupt, sag ich einmal, niemand sozusagen hier angehalten oder von sich aus angehalten oder würde das dazusagen, dass er sich gedrängt fühlt, diese Versickerungsmaßnahmen sozusagen zu konterkarieren, indem er bewusst einleitet in den Kanal. Denn er muss ja dafür Gebühren zahlen. Das heißt, wir haben von vorneherein eigentlich schon ein Regulativ, dass jemand, wenn er seine

Wässer versickern kann, es ist qualitativ und auch quantitativ möglich, dann wird er das natürlich diese Hoffläche oder diese befestigte Fläche nicht anschließen, weil er dafür Kanalgebühren zahlt. Ich möchte das nur betonen, dass das ja auch gebührenpflichtig ist, wenn man also praktisch befestigte Flächen hier in den Kanal einleitet. Ich komme aber zum Abänderungsantrag, den ich namens der ÖVP einbringen darf.

Der

Abänderungsantrag

lautet wie folgt:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen: Der gegenständliche dringliche Antrag wird dem Ausschuss für Stadt und Grünraumplanung zur weiteren Befassung zugewiesen sowie die zuständigen Abteilungen des Magistrates Graz und der Holding Graz beauftragt, alle, und das ist für uns wichtig, alle bisherigen Maßnahmen, die ich schon im Stichwortverzeichnis sozusagen angeführt habe, in diesem Kontext zu sammeln und darüber dem genannten Ausschuss zu berichten, damit wir wissen, welche Maßnahmen in den verschiedensten Verfahren, Bauverfahren, Bebauungsplanverfahren usw. ja ohnedies schon umgesetzt werden. Ich bitte um Annahme dieses Abänderungsantrages (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Der gegenständliche dringliche Antrag wird dem Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung zur weiteren Befassung zugewiesen sowie die zuständigen Abteilungen des Magistrates Graz und der Holding Graz beauftragt, alle bisherigen Maßnahmen in diesem Kontext zu sammeln und darüber dem genannten Ausschuss zu berichten.

Braunersreuther:

Ich wollte daraufhin weisen, dass natürlich das uns das bewusst ist, dass es eben von den zuständigen Behörden da sehr darauf geachtet wird, bei Neubauten, und zwar nicht nur seit Neuestem, sondern schon seit längerer Zeit das gute Versickerung stattfinden kann. Worauf mein Antrag auch abzielt ist, dass die große Zeit des Zubetonierens und Zuteerens waren eigentlich die 60iger und 70iger Jahre und leider rostet halt Teer und Beton nicht und deswegen auch eben die Initiative, das für Leute attraktiver zu machen, diese Flächen zu entsiegeln. Dem Abänderungsantrag können wir gerne zustimmen, denn wir schätzen sehr die Fachkenntnisse der Abteilungen. Ich glaube auch, dass es ganz wichtig ist, bereits bestehende Maßnahmen zusammenzubringen und daraus ein vernünftiges Vorgehen für weitere Maßnahmen zu entwickeln, vielleicht auch wirklich hin zu einer aktiveren Informationspolitik, die so aussehen kann. Ich kann nur berichten, ich habe das in Nordrhein-Westfalen erlebt. Dort sind wirklich mit Luftbilddaufnahmen Leute zu den Hausbesitzern gegangen, haben ihnen das gezeigt und haben ihnen vorgerechnet, wie viel Geld sie sich sparen können, wenn sie ihren zugestranderten Hof begrünen stattdessen und das hat für große Wirkung gesorgt und z. Bsp. glaube ich, kann man auch sehr gut folgen. Es hat nämlich für viele nicht nur angenehme ökologische Folgen, sondern für viele auch den Erholungswert sehr, sehr erhöht. *Danke (Allgem. Appl.).*

Der Abänderungsantrag der ÖVP wurde einstimmig angenommen.

**9.4 Lehre für AsylwerberInnen weiterhin ermöglichen
(GRⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner, Grüne)**

GRⁱⁿ Pavlovec-Meixner:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Wie der Kurt Hohensinner schon angekündigt hat, geht es um Lehre für AsylwerberInnen weiterhin zu ermöglichen. Am 21. Juni hat das steirische Wirtschaftsparlament getagt. Es sind ja auch KollegInnen in den Reihen von FPÖ und ÖVP, die Mitglieder des Wirtschaftsparlaments sind, und das Wirtschaftsparlament hat mit den Stimmen von allen Fraktionen, das heißt, von Wirtschaftsbund, Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband, Freiheitliche Wirtschaft, Grüne Wirtschaft und Industriellenvereinigung Steiermark einstimmig beschlossen: Durch Beschluss des Wirtschaftsparlaments soll die Wirtschaftskammer Steiermark an die Wirtschaftskammer Österreich herantreten, damit sich diese für eine Änderung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes bzw. des Aufenthaltsrechtes einsetzt, wonach ein jugendlicher Asylwerber als Lehrling während der Lehrzeit und nach erfolgreichem Abschluss der Lehre mindestens zwei weitere Jahre in Österreich beschäftigt werden kann.

Jetzt hören wir das immer wieder von Betrieben, natürlich auch von den betroffenen Menschen, dass eine Lehre für Asylwerberinnen und Asylwerber eine Win-win-Situation ist für alle Beteiligten. In der Steiermark gibt es aktuell 162 und bundesweit 1.023 junge AsylwerberInnen, die nach Abschluss einer Lehre einen wertvollen Beitrag zum Abbau des Fachkräftemangels, das ist ein Thema, das immer wieder diskutiert wird in Österreich, erbringen werden. Seit 2012 gab es einen Erlass des damaligen Sozialministers Hundstorfer, der es erlaubt hat, dass junge Asylwerberinnen und – werber bis 25 Jahre in Mangelberufen eine Lehrlingsausbildung machen können. Jetzt hat es in der letzten Woche einen Erlass der Bundesregierung gegeben, der diese Situation total verändert, das heißt, fast 500 AsylwerberInnen in Lehre sind derzeit nach einem Negativ-Bescheid in der ersten Instanz von Abschiebung bedroht. Diese drohenden Abschiebungen von bestens integrierten AsylwerberInnen war der Grund für den Start der Initiative „Ausbildung statt Abschiebung“. Aktuell haben bereits über

60.000 Personen die Online-Petition unterzeichnet, 730 Unternehmen, 95 Gemeinden mit insgesamt 2,7 Millionen EinwohnerInnen haben diese Petition bereits unterstützt. In Reaktion auf diesen Erlass hat Wirtschaftskammerpräsident Harald Mahrer in den Medien angekündigt, dass die Länderkammern betroffene Betriebe und Lehrlinge rechtlich unterstützen werden. Auch die Sozialpartner fordern, dass junge Menschen mit negativem Asylbescheid, welche nach abgeschlossener Lehre in einem aktiven Arbeitsverhältnis sind, einen befristeten Niederlassungstitel erhalten sollen. Vor einigen Tagen hat die Wirtschaftskammer die brandaktuelle Lehrlingsstatistik veröffentlicht, der Titel war „Wir sind Lehrlingshauptstadt“ und diese Lehrlingsstatistik zeigt, dass im vergangenen Jahr die Zahl der LehranfängerInnen in Graz stärker gestiegen ist als im Landesschnitt und darunter befinden sich auch zahlreiche AsylwerberInnen. Damit es Grazer Wirtschaftstreibenden im Sinne des Motivenberichtes weiterhin möglich ist, AsylwerberInnen in Mangelberufen auszubilden, stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge die zuständige Abteilung für Wirtschaft beauftragen

1. in Kooperation mit ExpertInnen der Wirtschaftskammer sowie des AMS und dem Grazer City Management einen Runden Tisch mit UnternehmerInnen einzuberufen, um die bisherigen Erfahrungen mit AsylwerberInnen in Lehre, die Auswirkungen der ankündigten neuen Regelung sowie eine etwaige gemeinsame Vorgangsweise zu beraten,
2. in der Folge empirische Fakten über den Bedarf an Lehrlingen in Mangelberufen in Graz aufzubereiten sowie
3. in der Gemeinderatssitzung im November 2018 einen schriftlichen Informationsbericht zur Beratung weiterer Initiativen vorzulegen.

Ich bitte um Annahme dieses dringlichen Antrages (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Das Wirtschaftsparlament der WKÖ Steiermark hat in seiner Sitzung am 21. Juni 2018 folgenden Antrag mit den Stimmen von Wirtschaftsbund, Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband, Freiheitliche Wirtschaft, Grüne Wirtschaft und Industriellenvereinigung Steiermark einstimmig beschlossen: „Durch Beschluss des Wirtschaftsparlaments soll die Wirtschaftskammer Steiermark an die Wirtschaftskammer Österreich herantreten, damit sich diese für eine Änderung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes bzw. des Aufenthaltsrechtes einsetzt, wonach ein jugendlicher Asylwerber als Lehrling während der Lehrzeit und nach erfolgreichem Abschluss der Lehre zumindest zwei weitere Jahre in Österreich beschäftigt werden kann.“

Eine Lehre für AsylwerberInnen ist eine Win-win-Situation für alle Beteiligten, für die Betriebe und die jungen Menschen, die sich in Österreich integrieren wollen. Aktuell gibt es in der Steiermark 162 und bundesweit 1.023 junge AsylwerberInnen, die nach Abschluss der Lehre einen wertvollen Beitrag zum Abbau des Fachkräftemangels in Österreich erbringen werden. Seit 2012 war die Lehrlingsausbildung für junge AsylwerberInnen bis 25 Jahre in Mangelberufen durch einen Erlass des damaligen Sozialministers Rudolf Hundstorfer erlaubt. Durch das Vorgehen der Bundesregierung von letzter Woche steht diese für die Wirtschaft dringend notwendige Lösung vor dem Aus. Fast 500 AsylwerberInnen in Lehre sind derzeit nach einem Negativbescheid in der ersten Instanz von Abschiebung bedroht. Diese drohenden Abschiebungen von bestens integrierten AsylwerberInnen war der Grund für den Start der Initiative "Ausbildung statt Abschiebung". Aktuell haben bereits über 60.000 Personen die Online-Petition unterzeichnet, des Weiteren 730 Unternehmen sowie 95 Gemeinden mit insgesamt 2,7 Millionen EinwohnerInnen.

In Reaktion darauf hat Wirtschaftskammerpräsident Harald Mahrer in den Medien angekündigt, dass die Länderkammern betroffene Betriebe und Lehrlinge rechtlich unterstützen werden. Auch die Sozialpartner fordern, dass junge Menschen mit negativem Asylbescheid, welche sich nach abgeschlossener Lehre in einem aktiven Arbeitsverhältnis befinden, einen befristeten Niederlassungstitel erhalten sollen.

Wir sind Lehrlingshauptstadt, kann Graz angesichts der brandaktuellen Lehrlingsstatistik der steirischen Wirtschaftskammer jubeln, die zeigt, dass im vergangenen Jahr die Zahl der LehranfängerInnen in Graz stärker gestiegen ist als im Landesschnitt. Darunter befinden sich naturgemäß auch zahlreiche AsylwerberInnen. Damit es Grazer Wirtschaftstreibenden im Sinne des Motivenberichts weiterhin möglich ist, AsylwerberInnen in Mangelberufen auszubilden, stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge die zuständige Abteilung für Wirtschaft beauftragen

- 1.) in Kooperation mit ExpertInnen der Wirtschaftskammer Steiermark sowie des AMS und dem Grazer City-Management einen Runden Tisch mit UnternehmerInnen einzuberufen, um die bisherigen Erfahrungen mit AsylwerberInnen in Lehre, die Auswirkungen der angekündigten neuen Regelung sowie eine etwaige gemeinsame Vorgangsweise zu beraten,*
- 2.) in der Folge empirische Fakten über den Bedarf an Lehrlingen in Mangelberufen in Graz aufzubereiten sowie*
- 3.) dem Gemeinderat der Stadt Graz in der Gemeinderatssitzung im November 2018 einen schriftlichen Informationsbericht zur Beratung weiterer Initiativen vorzulegen.*

GRⁱⁿ Schönbacher:

Diese Lösung oder dieser Lösungsvorschlag, der gewesen ist, das war so eine typische österreichische schwammige Lösung, leider, und das kann man natürlich sowohl als Unternehmer als auch als Auszubildender missverstehen. Aber Tatsache ist, dass ein Ausbildungsverhältnis, also eine Lehre, jetzt nicht verbunden werden darf mit dem Sachverhalt des Asylwesens. Das sind einfach zwei verschiedene Sachen und ich habe

mit vielen Betrieben gesprochen und die sagen mir immer wieder, dass es vorkommt, dass Asylwerber bei Ihnen um einen Lehrplatz ansuchen, aber wenn sie darüber sprechen, dass das nicht sicher ist, dass sie auch wirklich Asyl bekommen werden, dass sie das gar nicht tun, weil sie glauben, dass durch die Lehre, dass sie Asyl bekommen und dieser Weg ist einfach aus unserer Sicht nicht der richtige. Dass die Wirtschaft sich das natürlich wünscht, ist klar, weil wir sehr viele Berufe haben, wo wir keine Lehrlinge kriegen. Aber Tatsache ist auch, dass wir in Österreich 60.000 Menschen, arbeitssuchende Menschen unter 25 Jahren haben und das sind davon 7.000, die eine Lehrstelle suchen österreichweit. Also wir hätten die Jugend. Wir müssen sie nur motivieren und abholen und da sind wir Politiker auch gefragt, indem wir wirklich auch in unseren Wortmeldungen und Reden auch das Thema Lehre wirklich hochleben lassen und dass man nicht nur was wert ist, wenn man die Matura hat oder studiert, sondern, dass man sehr wertvoll ist, wenn man arbeiten geht und vielleicht sogar noch eher eine Chance auf eine Arbeit hat, mit der man auch selber dann überleben kann. Trotz alledem diese Regelung würde bedeuten, dass aus Gleichheitsgründen dann ja jeder, egal aus welchem Ausbildungsverhältnis, dann auch das Recht hätte, dann bleiben zu können und das kann einfach nicht unser Ansatz sein, weil wenn man gewissenhaft mit diesem Thema Asyl umgeht, dann muss man schon sagen, dass man Gesetze nicht aushebeln darf und deshalb ist einfach wichtig, dass es klare und transparente Vorgehensweisen gibt. Deshalb werden wir diesem dringlichen Antrag nicht zustimmen. (*Allgem. Appl.*).

GR Luttenberger:

Werte Stadtregierung, guten Abend, liebe Kolleginnen und Kollegen, Gemeinderäte und -rätinnen und guten Abend, werte Gäste. Als Gewerkschaftsaktivist, könnt ihr euch ja vorstellen, dass das Beweggründe sind und ein dringlicher Antrag, dem wir als KPÖ schon die Dringlichkeit zuerkennen und wie soll ich sagen? Wir reden da in der Steiermark von 162 Asylwerberinnen und Asylwerbern. Lässt man einmal offen, ob die jetzt negativ oder fast negativ beschieden worden sind. Aber, wenn man das auf Graz

runterbricht, reden wir vielleicht von 50, 60, 70, hört bitte zu, von 50, 60, 70 Kolleginnen und Kollegen, die das betrifft und wenn ich die Andrea richtig verstanden habe, und das steht ja drinnen, reden wir jetzt einmal von einem Runden Tisch, wo man sich zusammensetzt und wo man sich das einmal anschaut. Und ich weiß, ein paar Vogerln haben mir ja schon zugezwitschert, dass die ÖVP natürlich in Nibelungentreue zur FPÖ steht und auch da die Dringlichkeit verwehren wird, aber was jetzt habe ich mir gedacht, wie kann ich euch ein bisschen zum Nachdenken bringen? Jetzt appelliere an die ÖVP alt, denn die ÖVP neu, die ist eh schon so neoliberal und fliegt in Sphären herum, die ich nicht erreichen kann. Aber die ÖVP alt ist ja noch in Bündeln organisiert und der Herr Bürgermeister hat vor ein paar Stunden selbst gesagt, er als Mitglied des Wirtschaftsbundes sieht dieses oder jenes. Und heute und seit einigen Tagen steht in den Zeitungen, dass das auch ein Problem ist für die Wirtschaftskammer, für den ÖAAB, für alle möglichen anderen Organisationen und deswegen würde ich meinen, vielleicht könnt ihr euch das doch noch überlegen, und eines möchte ich auch noch zum Schluss sagen, wir sind die Stadt der Menschenrechte und die Friedensstadt und das kann man ja nicht so dahinsagen. Und deswegen ersuche ich euch, ja, da leuchtet das berühmte rote Licht und deswegen ersuche ich euch wirklich zu überlegen, dass man wenigstens diesem Runden Tisch die Zustimmung gibt und dass man sich zusammensetzt und diese Dinge überlegt. Weil ansonsten, glaube ich, ist das schon alles ein bisschen eigenartig und eigenwillig. Dort redet man so und in Graz ist schon wieder alles ganz anders. Danke (*Allgem. Appl.*).

GR Ehmann:

Geschätzte Kollegen der Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren, die Sie hier noch ausharren und der interessanten Debatte lauschen. Dass Lehre nicht vor Abschiebung schützt, ist grundsätzlich bekannt, glaube ich, das ist nämlich geltendes Recht. Aber ich muss schon sagen, das Thema ist, glaube ich, ja eher, was hat man sich damals gedacht? Lehre vor Abschiebung. Zum einen ist es auch eine ökonomische Frage, nämlich eine ökonomische

volkswirtschaftliche Frage, die ja nicht immer betriebswirtschaftlich ist. Den Staat führt man ja nicht betriebswirtschaftlich, ist bekannt hoffentlich. Aber die ökonomische Frage ist ja eine andere, nämlich folgende: Wenn jemand eine Lehre oder ein Mädchen oder ein Bub eine Lehre beginnt, nicht nur, dass es menschlich und vom Zugang vom Persönlichen sinnvoll zu beschäftigen und quasi was Sinnvolles mit der Zeit anzustellen, sondern der- oder diejenige fällt auch aus der Grundversorgung. Das heißt, sie erhalten sich selbst und ich hoffe, dass das auch ja eurer Ansinnen ist, weil das kommt ja gerade immer von der FPÖ, die sollen sich selber erhalten und hängen uns ja nur auf der Tasche usw. Das ist ja genau das Gegenteil, was da passiert, wenn sich jemand selbst beschäftigt und sinnvoll beschäftigt und uns auch quasi und auch der Wirtschaft gegenüber und sich selbst auch etwas bringt. Jetzt ist noch das Thema, dass man da sagt, naja, ok, wenn es dann doch ein negativer Asylbescheid ist, ich glaube, dass das selbst in diesem Fall, wenn es eine Abschiebungsbedrohung gäbe, selbst auch dann sinnvoll ist, weil, wie gesagt, in der Zwischenzeit die Grundversorgungsdebatte weg ist und erledigt ist und selber zahlt. Und der- oder diejenige dann in sein eigenes Land möglicherweise zurückkehren muss und dann hoffentlich dort am Aufbau des eigenen Landes mitarbeiten kann und das vielleicht sogar noch gut ausgebildet. Nämlich bei uns da, das heißt, das macht auch Sinn. Das macht auch in diesem Fall Sinn. Und wenn große Kapazunder, ja, die da herinnen sitzen und mit Leuten in Kontakt stehen via Kapsch, Industriellenvereinigungspräsidenten, der dafür ganz vehement eintritt, wenn der Karl Heinz Dernoscheg seitens der Wirtschaftskammer, Kurt Egger wird es wissen, hier vehement eintritt dafür, dass das Sinn macht und vor allem auch in diesem Bereich Mangelberufe. Wir reden ja von Mangelberufen in Wahrheit, also letztendlich ist es eine sinnvolle Sache für alle und nicht nur für die selbst Betroffenen, sondern für uns auch als Stadt und deshalb werden wir dem auf jeden Fall zustimmen, weil ich glaube, man muss sich wirklich da einmal zusammensetzen und Gedanken machen darüber, wie man das zukünftig löst, aber es macht auf jeden Fall Sinn. Danke (*Allgem. Appl.*).

GR Mag. **Egger:**

Werte Stadtsenatsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen. Jetzt ist es gelungen, auch noch den Letzten auf der Zuschauertribüne zu vertreiben (*Lachen im GR-Saal*). Zeitmäßig scheinbar (*lacht*), ich hoffe, das hat nichts mit mir zu tun (*Lachen im GR-Saal*). Ich glaube, da sind jetzt sehr viele richtige Dinge schon gesagt worden von beiden Hälften der Diskussion. Was mich besonders freut ist, dass zumindestens mit dieser Diskussion gelingen kann, auf ein tatsächliches Problem aufmerksam zu machen. Das ist der vorherrschende Facharbeitermangel. Ich habe mir die aktuellen Zahlen für Graz kommen lassen. Wir haben aktuell in der Stadt Graz fast 4.000 offene Stellen, insgesamt knapp über 14.000 Arbeitssuchende, 140 offene Lehrstellen und 366 Lehrstellensuchende. Kurt Luttenberger hat es angesprochen, wir beschäftigen uns in der Steiermark in dieser Diskussion mit ungefähr 150 Asylwerbern, die aktuell in einem Lehrverhältnis sind, heruntergebrochen auf die Stadt Graz sind das knapp über 50 und wenn wir uns das anschauen mit der davon betroffenen Quote, die eventuell mit Abschiebung bedroht sind, dann reden wir von ungefähr zehn bis 20 Jugendlichen. Ich sage auch klar dazu, jede betroffene Situation ist natürlich eine bedauerliche. Wir dürfen aber dort wirklich in der Diskussion das Ausbildungsgesetz nicht mit dem Asylrecht vermischen und daher verstehe ich natürlich jede parteipolitische motivierte Polemisierung. Das löst aber unser tatsächliches Problem nicht, nämlich den Facharbeitermangel, und jetzt ist es schon wichtig, dass man sich in Arbeitskreisen zusammensetzt, da ist ja keiner aufgehalten, trotzdem einen Arbeitskreis zu machen. Ich freue mich über jede Unterstützung, die wir in diesem Zusammenhang der Wirtschaft zuteil werden lassen können. Das hängt aber nicht mit zehn bis 20 Persönlichkeiten oder jungen Menschen zusammen. Wir haben insgesamt ein Problem und wenn dieser Ehrgeiz, der jetzt für diese Asyldebatte aufgebracht wird, insgesamt in eine Gestaltung, in eine positive Gestaltung des Wirtschaftsraumes, des Wirtschaftsstandortes, des Zusammenarbeitens zwischen Unternehmern und Angestellten oder Mitarbeitern gebracht wird, dann kommen wir einen ganz entscheidenden Schritt weiter und brauchen nicht insgesamt diese kleinliche Diskussion führen, die natürlich hier notwendig ist. Ich bin auch nicht glücklich mit

allen Entscheidungen, die da getroffen werden. Aber man darf auch zu Partnerschaften stehen und dann muss man auch das eine oder andere dazu mitnehmen. Und ich freue mich auch dann wirklich, wenn Kommunisten und Grüne und auch die Sozialdemokratie die Wichtigkeit der Unternehmer in dem Land erkennen. Der Kollege Dreisiebner hat gestern z. Bsp., wie es darum gegangen ist, im Flächenwidmungsplan eine Besserstellung für einen Unternehmer zusammenzubringen, der noch dazu im Gartenbaubereich unterwegs ist, wo Pflanzen vertrieben werden und Bäume angesetzt werden. Da sind wir natürlich ganz dagegen, weil das könnte dem Unternehmer helfen. Ich bitte wirklich, solche Diskussionen auseinander zu dividieren. Wir sehen jetzt diese Dringlichkeit nicht. Überraschenderweise für viele wahrscheinlich, weil die Entscheidungen auf der Bundesebene getroffen werden und wir ja noch das Glück haben, im Gegensatz zu anderen Parteien, im Nationalrat vertreten zu sein (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ Pavlovec-Meixner:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe jetzt ein paar Sachen mitgeschrieben, die da gesagt wurden und sind die Wortmeldung von der FPÖ sehr allgemein, weil da zu operieren mit Lehrlingszahlen, finde ich im Kontext damit, dass es um einen Erlass geht, der Mangelberufe betrifft, eigentlich unzulässig. Mehr möchte ich dazu gar nicht sagen, weil das ist einfach eine Themenverfehlung. Und sonst finde ich das natürlich schon sehr spannend. Ich habe ja schon gedacht, die Kolleginnen und Kollegen, die im Wirtschaftsparlament sind, werden dieser Abstimmung fernbleiben, weil sie ja dann einmal so und einmal anders abstimmen. Ich habe mir auch erlaubt, historisch das anzuschauen, welche Wortmeldungen, welches Abstimmungsverhalten es da gegeben hat. Zum Beispiel hat meine Kollegin Astrid Polz-Watzenig im Jahr 2014 einen dringlichen Antrag gemacht zum Thema Verbesserung von Integrations- und Arbeitschancen von jungen Flüchtlingen. Da hat damals die ÖVP zugestimmt, am 22. September 2016 hat die jetzige Nationalrätin Martina Kaufmann den damaligen SPÖ-

Stadtrat Michael Ehmann gefragt, ob er bereit sei, den Startschuss für die erste Grazer Berufsmesse für geflüchtete Menschen zu erteilen und im Juni 2014 hat Bürgermeister Nagl eine Aussendung gemacht, mit dem Titel: „Asylwerber sollen arbeiten dürfen“. Also irgendetwas ist da passiert, scheint mir. Weil einerseits ist eben das Abstimmungsverhältnis je nach dem Ort, wo man sich befindet, unterschiedlich, aber auch je nach der Konstellation, in der man ist. Ich finde das sehr schade, dass dieser dringliche Antrag nicht positiv beurteilt wird, keine Dringlichkeit bekommen wird. Ich möchte abschließend noch sagen, dass auch der Voest-General Eder heute in einer Aussendung sich der Meinung an den Grünen Landesrat Anschöber angeschlossen hat ...

Unverständliche Zwischenruf aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Pavlovec-Meixner:

... bitte, ok. Ja, ich denke mir, das ist ein Thema, das uns weiter begleiten wird und vielleicht ist der Grazer Gemeinderat in einem Jahr so weit, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen (*Allgem. Appl.*).

StR Hohensinner:

Danke für das Abschlusswort. Ich möchte nur zur Berichtigung was anführen. Die damalige Aussendung hat sich auf die Zuverdienstgrenze auch bezogen und da stehen wir noch immer dazu, dass wir wollen, dass Asylwerber auch arbeiten dürfen. Die Zuverdienstgrenze ist derzeit bei € 120,-- im Monat. Wenn Asylwerber mehrere Remunerantentätigkeiten machen, müssen sie die Grundversorgung zurückbezahlen und, ich glaube, jetzt unabhängig von der Diskussion, ob Lehre ja oder nein, sollten wir schauen, dass Asylwerber auch in Beschäftigung gehen können. Wir haben in Graz ein Remunerantenprojekt, wo mehr als 100 Leute beschäftigt sind über Jugend am Werk

und es würde am Land Steiermark liegen, diese Zuverdienstgrenze ein bisschen raufzusetzen. Die anderen Bundesländer haben eine höhere Grenze. Also, vielleicht könnten wir auch in diese Richtung einmal arbeiten. Einmal das zur allgemeinen Berichtigung (*Allgem. Appl.*).

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, KPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.

9.5 Grazer Charta für eine begrünte Stadt (GRⁱⁿ Ussner, Grüne)

GRⁱⁿ Ussner:

Sehr geehrte Damen und Herren. Der Klimawandel, über den haben wir ja jetzt eh schon geredet heute und das ist auch gut so, weil das sollte eigentlich in politischen Instanzen eines der Hauptthemen sein. Weil das ist einfach eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Die Auswirkungen sind mittlerweile auch in Österreich angekommen. Genauso wie in Graz. Die Hitzetage werden mehr, die Tropennächte werden mehr und was ich besonders bestürzend finde, dass die Zahl jener Menschen in Österreich, die an den Hitzefolgen sterben, jetzt mittlerweile die Zahl der Verkehrstoten übersteigt. Also nach Berechnungen der AGES sind eben zwischen 2013 und 2017 1.122 Menschen in Österreich an den Folgen der Hitze gestorben. Im Vergleich dazu, Verkehrstote im gleichen Zeitraum waren es 414. Also, das sind einfach alarmierende Zahlen. Es gibt eben, wie heute auch schon erwähnt worden ist, bereits die Klimawandelanpassungsstrategie und da an dem Punkt möchte ich wirklich noch einmal das erwähnen und bestärken, was meine Kollegin Andrea Pavlovec-Meixner schon gesagt hat. Nämlich eine Anpassungsstrategie kann kein Ersatz für einen Klimaschutz sein. 2006 ist Stern-Report rausgekommen in England.

Vom Nikolaus Stern, der eben besagt, dass auch die Kosten, die damit verursacht werden, viel höher sind, je später man in den Klimaschutz investiert. Also die Kosten, die durch die Auswirkungen anfallen, sind nicht zu vergleichen mit präventiven Maßnahmen. Nur so viel dazu noch einmal. Also, wir müssen weiterhin über Klimaschutz reden und nicht immer nur über die Anpassung. Neben ganz vielen unterschiedlichen Maßnahmen wird es einfach auch wichtig sein, einen ganz speziellen Fokus auf die Grünraumausstattung in Städten und auch in Graz zu legen. Andere Städte, wie beispielsweise Paris, planen solche Maßnahmen ja bereits seit Jahren. In Graz gibt es einiges an Planungsgrundlagen und an Programmen wie z. Bsp. die Erhebung der Freiflächenausstattung in den Bezirken oder das Sachprogramm Grünraum, des grünen Netzes. In der politischen Umsetzung spielen sie, obwohl sie wirklich gute theoretische Grundlagen sind, oft nur immer eine untergeordnete Rolle. Deswegen ist es eigentlich an der höchsten Zeit, andere neue Wege zu gehen und speziell in der Frage der Grünraumausstattung in Graz wirklich etwas weiterzubringen. Was es dazu braucht, ist aber auch ein klares gemeinsames politisches Bekenntnis und ein Bündnis mit den Bürgern und Bürgerinnen, Beteiligungsprozesse, und auch mit den Wirtschaftstreibenden. Und dazu jetzt zum wirklich vorbildlichen Beispiel Paris. Die haben sich in ihrer Charta vorgenommen, bis zum Jahr 2020 sollen 100 ha neue Grünflächen als Gebäudebegrünung entstehen. Also in vertikaler Begrünung, als Dachbegrünung und auch in Form von Entsiegelung von öffentlichen Plätzen. Sie wollen 20.000 neue Bäume pflanzen und Bürger und Bürgerinnen können auch Plätze einbringen, das wird dann geprüft, ob das möglich ist, dass man die begrünt und entsiegelt. Das nenne ich einmal Beteiligung. Vorangestellt ist dieser Offensive die Charta für ein begrüntes Paris, die eben nicht nur von der Stadtpolitik unterzeichnet worden ist, sondern auch von Wirtschaftstreibenden. Und ganz speziell eben von Bauträgern und Handelsbetrieben und Hotelketten. Sie haben sich auch dazu verpflichtet, Maßnahmen für mehr Grün in der Stadt zu entwickeln und auch Verantwortung zu übernehmen. Die Pariser Charta ist aus unserer Sicht ein sehr nachahmenswertes Modell und deswegen stelle ich namens der Fraktion der Grünen folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz spricht sich für die Erarbeitung einer „Charta für ein begrüntes Graz“ nach dem Vorbild der Stadt Paris aus. Bürgermeister Nagl wird vom Gemeinderat ersucht, eine Arbeitsgruppe unter Federführung der Abteilung für Grünraum und Gewässer und unter Beiziehung anderer relevanten Abteilungen, hier insbesondere der Stadtplanung, der Bau- und Anlagenbehörde, der Wirtschaftsabteilung und des Umweltamtes, einzurichten, die sich mit dem Entwurf einer „Charta für ein begrüntes Graz“ beschäftigt. Weiters sollen Experten und Expertinnen zum Thema „begrünte Städte“ die Arbeitsgruppe regelmäßig begleiten. Dem Gemeinderat wird im Februar 2019 über die bis dahin vorliegenden Ergebnisse Bericht erstattet. Mit der Bitte um Annahme. (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit, die Auswirkungen sind auch in Österreich angekommen. Die Zahl jener Menschen, die an Hitzefolgen sterben, übersteigt inzwischen schon die Zahl der Verkehrstoten. Im Zeitraum zwischen 2013 und 2017 sind nach Berechnungen der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) 1.122 Menschen in Österreich an den Folgen der Hitze gestorben (<https://kurier.at/chronik/oesterreich/oesterreich-mehr-tote-durch-hitze-als-im-strassenverkehr/400071209>). Das sind alarmierende Zahlen, insbesondere für Städte, da sich die Hitzewellen naturgemäß im urbanen Raum viel massiver auswirken als in ländlichen Gebieten.

In Graz beschäftigen wir uns schon länger intensiv mit den Folgen des Klimawandels und mit den notwendigen Maßnahmen und Strategien. Im Herbst 2016 beschloss der Grazer Gemeinderat auf Initiative der Umweltstadträtin die Erarbeitung einer Klimawandelanpassungsstrategie. Seit Anfang 2017 werden unter Federführung des Umweltamtes und in Kooperation mit allen relevanten Abteilungen notwendige Aktivitäten konkretisiert, um die Folgen des Klimawandels in unserer Stadt zumindest

abzumildern. Das gemeinsame Ergebnis dieses nächsten Schrittes in der Klimawandelanpassungsstrategie wird von Stadträtin Tina Wirnsberger noch heuer dem Gemeinderat zur Diskussion und Beschlussfassung vorgelegt werden. Neben vielen anderen zu setzenden Maßnahmen wird es aber auch notwendig sein, einen speziellen Fokus auf die Grünraumausstattung in unserer Stadt zu legen. Grünraum und Bäume kühlen die Umgebung und verbessern das lokale Klima, in Graz wurden zwischen der Innenstadt und gut begrünnten Stadtteilen 5 Grad Temperaturdifferenz gemessen. Neben der Abmilderung der Folgen des Klimawandels ist Grünraum aber auch wichtig als Erholungsraum für die Grazer und Grazerinnen, er verbessert die Luftqualität, erhöht die Biodiversität und stärkt die Ökosysteme. Weiters kann der Energieverbrauch in und an begrünnten Gebäuden durch stabilere Temperaturverhältnisse verringert werden.

Wir haben in der Stadt Graz einiges an Planungsgrundlagen und Programmen, die sich mit dem Thema Grünraum beschäftigen. In Erinnerung sei hier die Erhebung zur Freiflächenausstattung in den Bezirken (Stadtentwicklungskonzept), das Sachprogramm Grünraum und das „Grüne Netz“ gerufen, die jedoch in der politischen Praxis oft nur eine untergeordnete Rolle spielen. Es ist daher höchst an der Zeit, andere und neue Wege zu gehen, die uns in der Frage der Grünraumausstattung in Graz wirklich weiterbringen. Dazu braucht es ein klares gemeinsames politisches Bekenntnis, es braucht aber auch Bündnisse mit den BürgerInnen und mit Wirtschaftstreibenden. Paris hat ein Gesamtkonzept mit ganz konkreten Zielsetzungen für Begrünung entwickelt. So sollen beispielsweise bis zum Jahr 2020 100 ha neue Grünflächen als Gebäudebegrünung entstehen und 20.000 neue Bäume gepflanzt werden. Aber auch aufgelassene Bahndämme und Brachen werden für Begrünungsinitiativen genutzt, 30 ha neue Grünflächen sollen so entstehen. Weiters werden 300 von BürgerInnen vorgeschlagene öffentliche Plätze bepflanzt.

Vorangestellt ist dieser Offensive die Charta für ein begrüntes Paris, die nicht nur von der Stadtpolitik im Sinne einer Selbstverpflichtung unterzeichnet wurde, sondern auch von Wirtschaftstreibenden, insbesondere Bauträgern, Handelsbetrieben und Hotelketten. Sie haben sich ebenfalls verpflichtet, Maßnahmen für mehr Grün in der

Stadt zu entwickeln und in ihrem Rahmen umzusetzen. Außerdem sind in Paris auch Bürger und Bürgerinnen aufgerufen, ihre Ideen für mehr Grün in der Stadt einzubringen, die dann je nach Umsetzbarkeit realisiert werden. Die Pariser Charta ist aus unserer Sicht ein nachahmenswertes Modell, das neue Wege in einer für Städte so wichtigen Frage einschlägt, vor allem weil es das Thema Begrünung zu einem Anliegen der ganzen Stadt, ihrer Bürger und Bürgerinnen und ihrer Wirtschaftstreibenden macht. Im Sinne des Motivenberichtes stelle ich daher namens der Fraktion der Grünen – ALG folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz spricht sich für die Erarbeitung einer „Charta für ein begrüntes Graz“ nach dem Vorbild der Stadt Paris aus.

Bürgermeister Nagl wird vom Gemeinderat ersucht, eine Arbeitsgruppe unter Federführung der Stadtbaudirektion und unter Beiziehung der relevanten Abteilungen (Abteilung für Grünraum und Gewässer, Abteilung für Stadtplanung, Bau- und Anlagenbehörde, Wirtschaftsabteilung, Umweltamt) einzurichten, die sich mit dem Entwurf einer „Charta für ein begrüntes Graz“ beschäftigt. Weiters sollen ExpertInnen zum Thema „begrünte Städte“ in die Arbeitsgruppe eingeladen werden. Dem Gemeinderat wird im Februar 2019 über die bis dahin vorliegenden Ergebnisse Bericht erstattet.

GR Schimautz:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Damen und Herren. Es ist schon sehr paradox, dass gerade die Grüne Partei diesen Antrag als dringlichen Antrag einbringt. Soweit mir bekannt ist, haben wir in Graz ein Proporz System und wir haben eine Umweltstadträtin. Da wäre es natürlich in meiner Erwartungshaltung gegeben, dass ein ordentlicher Antrag ausgearbeitet wird in Federführung vom Umweltamt mit unserer Umweltstadträtin und sie versucht, mit den relevanten Abteilungen da eine

akkordierte Lösung herzuführen. Ich entnehme diesem Antragstext keinen Versuch in diese Richtung, wo man gesagt hätte, wir haben das versucht und wir haben das leider nicht zusammengebracht, weil die anderen Abteilungen oder die anderen politischen Vertreter das irgendwie versucht haben zu unterbinden. Das wäre meine Erwartungshaltung, die anscheinend nicht geglückt ist. Aus meiner Sicht heraus, wenn man dann noch sieht, was von unserer Fraktion in diese Richtung und auch von anderen politischen Vertretern zusammengebracht wurde, wenn man sich anschaut, wie viel hunderte Bäume unser Bürgermeister in der Stadt Graz setzt, angefangen vom Oeverseepark über Liebenau bis hin nach Reinigung, welche Akzente da gesetzt werden. Was wir in den letzten Jahren auf die Wege gebracht haben, wie viele Grünflächen wir in Graz als Stadt Graz ankaufen und Parkflächen errichten. Bei wie vielen Bauprojekten wir es schaffen, öffentlich zugängliche Grünflächen der Bevölkerung bereitzustellen. Da ist das schon sehr paradox, dass gerade die Grüne Fraktion nicht den Versuch unternimmt, ein ordentliches Stück bereitzustellen und sich selbst dieses Armutszeugnis ausstellt, diesen Antrag als dringlichen Antrag einzubringen. Besonders erschütternd ist es für mich, dass wir eigentlich, wenn ich diesen Antragstext so lese, selbst sagen müssten, genauso hätten wir diesen Antragstext schreiben müssen und wir hätten diesen Antragstext einbringen müssen, da hier von der Grünen-Seite einfach kein Handeln gegeben war. Aus diesem Grunde, das war wahrscheinlich die Nichtvermutung bei meiner Einleitung, werden wir natürlich dieser Dinglichkeit zustimmen und nehmen dieses Armutszeugnis der Grünen Partei zur Kenntnis und wir werden natürlich auch mit dem Antrag mitgehen.
Dankeschön (*Allgem. Appl.*).

StRⁱⁿ Wirnsberger:

Ich würde hier gerne etwas berichtigen, ich glaube, tatsächliche Berichtigung heißt das. Weil ich das schon ein bisschen irritierend finde, wie da jetzt auch wieder agitiert wird. Erst einmal, es freut mich natürlich sehr, dass ihr sowohl der Dringlichkeit als auch dem Antrag zustimmt und eben auch erkennt, dass hier notwendiger Handlungsbedarf ist

und dass das ein sehr guter Vorschlag ist, um gemeinsam mit der Bevölkerung und eben auch gemeinsam mit Wirtschaftstreibenden, mit Handel und mit allen Akteurinnen und Akteuren in Graz hier zu einer guten Lösung zu kommen. Jetzt weiß ich nicht, ob wir per du sind, deswegen werde ich da mein Sie bleiben. Wie Sie, werter Kollege, aber sicherlich oder vielleicht auch nicht wissen, ist das Umweltressort nicht zuständig für Grünraum. Dafür zuständig ist der Herr Bürgermeister und das ist dann auch schon die tatsächliche Berichtigung, wo ich Ihnen einfach nur noch einmal die Zuständigkeiten in der Stadt gerne auseinanderdröseln möchte, warum sich eben unser Antrag auch in erster Linie an den Bürgermeister richtet, der hier der politische Referent ist, der zuständige. Es ist ja auch in diesem Antrag dann natürlich enthalten, dass die relevanten Abteilungen, und das ist das Umweltamt selbstverständlich und da bin ich jederzeit und gerne gesprächsbereit und auch bereit, Inspiration zu geben und auch reinzuarbeiten, dass die auch da konsultiert werden. Das was wir machen, das wurde heute auch schon bereits erwähnt und das wissen auch die anderen Ressortzuständigen, weil wir hier ja in sehr enger Kooperation sind, ist es, dass wir seit einem Jahr intensiv mit den Abteilungen zusammenarbeiten an einer übergeordneten Strategie zur Anpassung an den Klimawandel, was eben auch hier eingangs gesagt wurde, der Überbau ist, der in meiner Ressortzuständigkeit ist, aber da drinnen sind ganz viele Abteilungen, die einfach eben auch dann die Umsetzungsmöglichkeiten haben und das ist etwas, wo wir einfach an einem Strang ziehen sollten. Ich freue mich, dass man das dann in der Abstimmung in Endeffekt tun. Finde es aber schade, dass sogar so etwas Schönes für die Grazerinnen und Grazer hier für parteipolitische Agitation hergenommen wird (*Allgem. Appl.*).

Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.

GRⁱⁿ Schleicher:

Hoher Gemeinderat, liebe Antragstellerin, wir unterstützen diesen Antrag auch gerne. Das Thema ist viel zu wichtig, um hier, wie gesagt, politisches Kleingeld zu wechseln. Grünraum, Grünraumsicherung, mehr Grünpflanzen in der Stadt haben bei uns einen sehr hohen Stellenwert. Nicht nur, weil es dem Hitzeinseleffekt entgegenwirkt, sondern weil Grünpflanzen auch einfach einen Wohlfühlfaktor haben und damit die Lebensqualität in der Stadt erhöht wird. Deshalb finden sich ja auch dazu Punkte in der Agenda 22, beispielsweise Begrünungsprojekte im Stadtgebiet sollen zur Minderung der städtischen Überwärmung forciert und gefördert werden, beispielhaft sei die Dach- und Fassadenbegrünung erwähnt. Oder auch ein weiterer Punkt, die Grüninitiative der Stadt Graz wird fortgesetzt. Wir sind auch der Meinung, dass kleine grüne Inseln wie begrünte Haltestellen, begrünte Trinkbrunnen große Wirkung erzielen können, deshalb ist auch die Idee sinnvoll von dieser Charta, dieser Pariser Charta, Bürger aufzurufen, vielleicht bezirkweise sich einzubringen, wo Begrünung fehlt, wo vielleicht auch nur eine einzelne Grünpflanze fehlt. Wir sind auch froh, dass in Punkt 2 die Angelegenheit auf breite Beine gestellt wird. Da auch ich als Vorsitzende des Umweltausschusses nicht das Gefühl habe, dass bei diesem Thema der Begrünung, und natürlich könnte das Umweltamt hier viel mehr machen, die Umweltstadträtin in den letzten eineinhalb Jahren viel weitergebracht hat. Also unsere Zustimmung gibt es (*Allgem. Appl.*).

Ussner:

Ja, ich bedanke mich recht herzlich und freue mich wirklich ehrlich darüber, dass man das zusammenbringen, da eine breite politische Zustimmung und ein Zeichen zu setzen, dass wir da wirklich alle gemeinsam daran arbeiten wollen und dass uns das allen bewusst ist, dass das ein Problem ist. Genau zur Fassadenbegrünung wollte ich nur noch schnell etwas sagen, weil da ist das Pilotprojekt ja umgesetzt worden heuer eben von der Tina in der Annenstraße, die Haltestellenbegrünung, und das ist gar nicht so einfach teilweise, dort die Sorgen der Leute aus dem Raum zu schaffen. Also, es gibt

da oft sehr viel Vorbehalte, dass das nicht funktionieren kann und wer gießt das dann und es hat auch viel Vorarbeit gebraucht, um dass das jetzt umzusetzen. Aber dadurch, dass wir jetzt einen Beweis dafür haben, dass solche Projekte funktionieren mit diesem Pilotprojekt, können wir daher wirklich noch einiges schaffen. Danke (*Allgem. Appl.*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

StR Hohensinner:

Bevor ich zum nächsten dringlichen Antrag komme, begrüße ich den Bezirksvorsteher aus dem wunderschönen Bezirk Leonhard Andreas Molnar in unserer Mitte (*Allgem. Appl.*) und darf auch eine kurze Durchsage noch machen, und zwar am Anfang der Sitzung haben Sie da auf der Seite eine Kamera auch gesehen, die ist im Auftrag vom FPÖ-Gemeinderatsklub aufgestellt gewesen. Es hat ein offizielles Ansuchen gegeben, es sind da einige Bilder gemacht worden und die wurden auch genehmigt. Falls es da Rückfragen gibt, bitte die Rückfragen an den Herrn Klubobmann Sippel richten.

9.6 Einführung einer neuen Kategorie „Geförderter Wohnbau“ für Widmungs- und Bebauungspläne (GR Mag. Muhr, SPÖ)

GR Muhr:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender (*lacht*), liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseher auf dem Balkon. Mein dringlicher Antrag beschäftigt sich heute mit einem wichtigen Thema und das ist das Thema leistbares Wohnen. Ein Thema, das ja auch viele oder fast alle politischen Fraktionen auf ihrer Agenda stehen haben. Denn leistbaren Wohnraum in geförderten Projekten zu schaffen, wird im städtischen Bereich auf Grund der begrenzten Baulandreserve immer schwieriger und solche

Projekte noch dazu in Graz, also in den „besseren Vierteln“, das ist der Grazer Osten, St. Peter, Waltendorf, Mariatrost oder Ries zu realisieren, ist auf Grund der dort schon üblichen Grundstückspreise schon fast eine Utopie worden. Aber auch in den attraktiveren Lagen in Graz wird es auch immer schwieriger, das umzusetzen. Es ist ja auch bekannt, dass die Förderungsbedingungen des Landes die Vorgabe haben, dass die Grundkosten maximal ein Drittel der Gesamtprojektkosten ausmachen dürfen und damit nutzt das in letzter Konsequenz wenig, dass die Wohnbauträger im Sinne der Idee des leistbaren Wohnens bemüht sind, die unmittelbaren Baukosten zu reduzieren, wenn am Ende der Grundstückspreis den Förderkriterien nicht entspricht. Es gibt jetzt zwar im Flächenwidmungsplan die Möglichkeit, die Vorbehaltsflächen für den kommunalen und geförderten Wohnbau auszuweisen, allerdings dieses Instrument in Graz wird das sehr selten angewandt und ist vor allem bei den teureren Gebieten relativ zahnlos. Denn die Ausweisung als Vorbehaltsfläche in letzter Konsequenz hat überhaupt keine Auswirkungen auf den Grundstückspreis und gegen Kostenexplosion, gegen Preistreiberei, gegen Spekulantentum und somit auch als Mittel für die Forcierung von leistbarem Wohnen oder geförderten Wohnungen oder kommunalem Wohnbau ist das Element Vorbehaltsfläche eigentlich gar nicht geeignet. In Wien schaut das jetzt noch ein bisschen anders aus. Man hat auf diese Entwicklungen reagiert und man wird dort eine neue Flächenwidmungskategorie, und zwar geförderten Wohnbau, und damit wird man auch gegen diese Entwicklungen entgegensteuern. Das heißt, es wird dort wieder leistbares Wohnen mobilisiert und es wird den Aufwertungsspekulanten entgegengewirkt. Dabei werden selbstverständlich die bestehenden Flächenwidmungen unangetastet bleiben, und zur Anwendung kommen soll diese Kategorie nur von Grundstückseigentümern oder Grundstückseigentümerinnen, die eine höhere Widmung ihrer Grundstücke anstreben. Also wenn eine landwirtschaftliche Widmung in ein Bauland folgen soll. Im Zuge dessen will man dann möglichen Preistreibereien bzw. Preisspekulationen insofern einen Riegel vorschieben, als für diese Flächen die Grundkosten für den geförderten Wohnbau mit € 188,-- pro Quadratmeter oberirdische Bruttogrundstücksfläche limitiert werden. Zusätzlich will man in Wien mit einer Reihe von Kriterien bzw.

Auflagen allerdings auch absichern, dass dieser leistbare Wohnraum nicht über Umwegen dann wieder zu übersteuerten Preisen auf dem freien Markt landet. Das Grundkostenlimit soll auf die Förderungsdauer von 40 Jahren eingefroren werden und ein im Grundbuch festgeschriebenes Veräußerungsverbot für die Wohnungen kann nur mit Zustimmung der Stadt Wien wieder aufgehoben werden. Also es wird dann den Spekulationsgewinnen durch Verkäufe oder Weitervermittlungen ein Riegel vorgeschoben und das Ganze soll dann noch im Herbst über die Bühne gehen und als Gesetz werden in Wien. Jetzt ist Wien natürlich anders als Graz und der Unterschied liegt natürlich darin, dass Wien als Bundesland noch dazu eine gesetzgebende Rolle innehat. Aber dieses Wiener Modell könnte zumindest auch in größeren Zügen in Graz angewandt werden und bietet auch viele Vorteile für uns, wenn es darum geht, größere Flächen umzuwidmen und dabei einen Teil davon für den geförderten Wohnbau zu sichern. Auf jeden Fall wäre ein solches Modell angesichts der steigenden Problematik in Graz, Grundstücke für den sozialen Wohnbau zu sichern, überaus interessant und wert, intensiver sich damit auseinanderzusetzen. Man hätte damit auch die Möglichkeit, endlich für Durchmischung zu sorgen, die auch für unsere Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen sehr notwendig wären. Und man darf auch nicht vergessen, dass man befürchten muss, dass jetzt, wenn in Wien dieses Gesetz in Kraft tritt, dass auch diese Grundstücksspekulanten auch nach Graz dann als Markt, Graz als Markt noch mehr entdecken und das hätte natürlich für eine längerfristige Entwicklung in Graz negative Folgen für unsere Stadt. Wichtig wäre auf jeden Fall, dass man in diesen Überlegungen, wie es auch in Wien der Fall übrigens war, die gemeinnützigen Wohnbauträger einzubeziehen zu diesem Thema. Und daher stelle ich im Namen des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

dringlichen Antrag:

das Land Steiermark wird ersucht, gemäß Motivenbericht die Kategorie geförderter Wohnbau, förderbarer Wohnraum, so wie dies seitens Wien erfolgen wird, ehe-möglichst in einer Novelle auch in den einschlägigen landesgesetzlichen Materien im

Wege der Planzeichenverordnung, etwa im Steiermärkischen Raumordnungs- bzw. Bauordnungsgesetz mit den entsprechenden Kriterien bzw. Bedingungen zu berücksichtigen. Ich bitte um Annahme (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Leistbaren Wohnraum in Form geförderter Projekte zu schaffen, wird im städtischen Bereich aufgrund der begrenzten Baulandreserven immer schwieriger: Solche Projekte dann auch noch in den sogenannten „besseren Vierteln“, also konkret für Graz gesprochen im Osten, etwa in St. Peter, Waltendorf, Mariatrost, Ries etc. zu realisieren, ist aufgrund der dort üblich gewordenen Grundstückspreise fast ein Ding der Unmöglichkeit. Aber auch für attraktivere Lagen nahezu im gesamten Rest-Graz gilt, dass – nicht zuletzt auch aufgrund des Umstandes, weil in zunehmendem Maße Investoren aus anderen Bundesländern nach Graz drängen - es immer schwieriger wird, kostenadäquate Flächen für den geförderten Wohnbau zu finden. Ist es doch gemäß den Förderbedingungen des Landes Vorgabe, dass die Grundkosten maximal ein Drittel der Gesamtprojektkosten ausmachen dürfen. Damit nutzt es in letzter Konsequenz wenig, dass die Wohnbauträger im Sinne der Idee des leistbaren Wohnens bemüht sind, die unmittelbaren Baukosten zu reduzieren, wenn am Ende der Grundstückspreis den Förderungskriterien nicht entspricht.

Zwar gibt es bei uns die Möglichkeit, über den Flächenwidmungsplan „Vorbehaltsflächen“ für den kommunalen bzw. geförderten Wohnbau auszuweisen – allerdings wird dieses Instrument in Graz vergleichsweise selten angewandt, vor allem in den sogenannten „teureren“ Gebieten. Denn die Ausweisung als Vorbehaltsfläche hat in letzter Konsequenz keine Auswirkung auf den Grundstückspreis – gegen Kostenexplosionen, gegen Preistreiberei, gegen Spekulantentum und somit als Mittel für die Forcierung von leistbarem Wohnen/geförderten/kommunalen Wohnbau ist das Element „Vorbehaltsflächen“ wenig bis gar nicht geeignet.

In Wien hat man auf diese Entwicklung reagiert und wird jetzt mit einer neuen Fläwi-Kategorie gegengesteuert. Konkret heißt das: In Wien wird für Widmungs- und Bebauungspläne die Kategorie „Geförderter Wohnbau“ eingeführt, um auf diesem Weg Grundstücksreserven für den geförderten Wohnbau zu mobilisieren, also leistbares Wohnen zu ermöglichen und Aufwertungsspekulationen entgegenzuwirken.

Dabei werden selbstverständlich bestehende Flächenwidmungen unangetastet bleiben – zur Anwendung kommen soll diese Kategorie nur, wenn von GrundstückseigentümerInnen eine höherwertige Widmung angestrebt wird, also etwa von einer landwirtschaftlichen Widmung in Bauland umgewidmet werden soll. Im Zuge dessen will man dann möglichen Preistreibereien bzw. Preisspekulationen insofern einen Riegel vorschieben, als für diese Flächen die Grundkosten für den geförderten Wohnbau mit 188 Euro pro Quadratmeter oberirdischer Bruttogrundstücksfläche limitiert werden.

Vice versa will Wien mit einer Reihe Kriterien bzw. Auflagen allerdings auch absichern, dass dieser leistbare Wohnraum nicht über Umwege und dann zu übersteuerten Preisen auf dem freien Markt landet: Das Grundkostenlimit soll auf die Förderungsdauer (40 Jahre) eingefroren werden, ein im Grundbuch festgeschriebenes Veräußerungsverbot für die Wohnungen kann nur mit Zustimmung der Stadt aufgehoben werden, Spekulationsgewinnen durch Verkäufe oder Weitervermietungen wird ein Riegel vorgeschoben. Beschlossen werden soll diese Novelle für Wien im Herbst.

Nun ist klarerweise Wien anders als Graz, und der wohl gravierendste Unterschied ist, dass Wien als Bundesland hier in gesetzgebender Rolle ist. Allerdings könnte dieses Wiener Modell zumindest in groben Zügen auch für Graz von Interesse und Vorteil sein, wenn es etwa darum geht, größere Flächen umzuwidmen und dabei einen Teil davon für den geförderten Wohnbau zu sichern. Auf jeden Fall wäre ein solches Modell angesichts der stetig steigenden Problematik in Graz, Grundstücke für den sozialen Wohnbau zu sichern, überaus interessant und wert, intensiver in Betracht gezogen zu werden. Hätte man doch damit auch eine Möglichkeit, endlich für jene Durchmischung zu sorgen, die auch für unsere Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen von

immenser Notwendigkeit wäre. Nicht zu vergessen, dass man natürlich befürchten muss, dass Investoren – wenn es in Wien aufgrund einer solchen Regelung eingeschränkere Möglichkeiten gibt – in noch stärkerem Maße nach Graz ausweichen könnten: Und dass diese höchstens an der Errichtung von Anlegerwohnungen interessiert sind, zu einem Teil Grundstücke gar nur als längerfristige Kapitalanlagen oder Spekulationsobjekte sehen, ist bekannt. Was für eine stetig wachsende Stadt mit ebenso stetig wachsendem Bedarf an leistbaren, sprich geförderten, Wohnungen äußerst negative Folgen haben könnte.

Wichtig wäre es auf jeden Fall, in all diese Überlegungen - wie dies auch in Wien der Fall war - die gemeinnützigen Wohnbauträger einzubeziehen, aber selbstverständlich sollte auch schon im Vorfeld der Gedankenaustausch mit dem Land gesucht werden.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Der für den Bereich Stadtplanung/Stadtentwicklung zuständige Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und der für Wohnen ressortverantwortliche Stadtsenatsreferent Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Mario Eustacchio werden ersucht, die zuständigen Abteilungen zu beauftragen, nach dem Vorbild Wien Überlegungen anstellen zu lassen, inwieweit die Aufnahme einer eigenen Kategorie „Geförderter Wohnbau“ in die Widmungs- und Bebauungspläne die Mobilisierung kostenadäquater Grundstücke für den geförderten Wohnbau in Graz erleichtern könnte und unter welchen Kriterien/Bedingungen diese denkbar wäre. In diese Überlegungen sind auf jeden Fall VertreterInnen der gemeinnützigen Wohnbauträger und des Landes einzubinden. Ein erster Zwischenbericht ist dem Gemeinderat bzw. den zuständigen Gemeinderatsausschüssen bis Jänner nächsten Jahres vorzulegen.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.

GR Dr. Piffil-Percevic:

Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat, verehrte spärliche Zuhörerinnen und Zuhörer, lieber Ewald. Das Thema ist sehr wichtig und bedeutend. Bei unserer schon heute mehrfach zu sehenden, an unseren Stücken, dynamischen Entwicklung der Stadt ist es vor allem der leistbare Wohnraum, und der ganze Bereich der ausreichenden Wohnversorgung in entsprechender Lebensqualität ist es geradezu eines der allerwichtigsten Themen. Allerdings die Situation in Wien, wir wissen es, ist eine ziemlich andere. Gestern in Innsbruck haben wir gesehen, dass eine Mehrheit total ablehnt das Instrument, das dort nicht ident ist, aber überhaupt zur Anwendung zu bringen. Es steht ganz wichtiger Diskussionsvorgang vor uns. Der wird vor allem im Land von allen maßgeblichen Parteien zu führen sein. Ich darf alle einladen, sich auf Landesebene auch daran zu beteiligen und vor allem Graz ist davon betroffen wie kaum ein anderer steirischer Siedlungsraum. Es wird auch notwendig sein, dass wir uns kongruent und zeitaktuell mit unseren Landtagsfraktionen gut abstimmen. Die Diskussion ist zu führen und ist zu eröffnen. Unsere volle Zustimmung. Danke (*Appl.*).

GR Mag. Lohr:

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Antragsteller. Dein vorliegender Dringlicher thematisiert mit der Kernfrage Baulandmobilisierung einen wesentlichen Bereich, der uns in den kommenden Jahren im urbanen Raum befassen wird. Richtig ist, dass man auf Bundesebene seit rund zehn Jahren um eine österreichweite Lösung bemüht ist. Im Kabinett Faymann/Kern, lese ich, da stand eine Einigung schon kurz bevor. Ich weiß nicht, ob die Herren noch wer kennt oder ob sie bedeutend sind. Gewiss kann man die gewählte Vorgangsweise der Stadt in Wien als nötiges Gebot der Stunde qualifizieren. Man kann aber auch eine andere Sichtweise haben. Wien stützt sich auf ein Verfassungsgerichtshofurteil, wonach dem Gesetzgeber in Wohnungs-, Sozial- und Stadtentwicklungsinteressen ein sehr weitreichender Spielraum eingeräumt wurde. Allerdings muss der Gesetz- und Verordnungsgeber auch darlegen, dass der gewählte Eingriff in die Rechte eines Einzelnen, und ein solcher ist das auch, tatsächlich

notwendig war und im Anlassfall sachlich zu argumentieren ist. Eine solche Nagelprobe steht der Wiener Lösung noch bevor. Die Bestimmung tritt erst im Jänner 2019 in Kraft. Mir wird dann vielleicht der Kollege Pawkowicz aus Wien vorgeworfen, aber Wien hat eine andere Voraussetzung. Die Rückmeldungen aus unserem Wohnungsamt bzw. aus dem Eigenbetrieb in Graz sind nämlich anders. Man finde mit dem Instrument der Vorbehaltsflächen sein Auslangen. Sie wurden im Zuge der Erstellung des Stadtentwicklungskonzeptes bzw. beim FLÄWI so zurückgemeldet. Die Haltung wurde erneuert, dass die Aufsichtsbehörde des Landes weitere Ausschöpfung der Möglichkeit zur Baulandmobilisierung von der Stadt einforderte. Sicher ist mir klar, dass ihr in Erinnerung an einstige Größen in der SPÖ noch ein bisschen Phantomschmerzen habt und eben annehmt, dass die Sicht eures Klobobmannes auch die fachliche Meinung ist. Wir halten uns an die Fachbeamten. So, ich muss ein bisschen abkürzen. Wie gesagt, lieber Kollege Muhr, ein Verfassungsgerichtshof sagt nur, dass der Gesetzgeber weite Spielräume hat. Er hat noch keinen Anlassfall oder die Norm selbst geprüft. Das wäre vielleicht auch ein schöner Einblick in die Sittenbilder der Koalitionszeiten, wenn wir uns dann auch die nahestehenden Wohnbaugenossenschaften anschauen, die natürlich profitieren. Mit der nun erfolgten Änderung des Antragstextes haben wir eine kleine Änderung beigetragen und dem Hinzufügen der Begrifflichkeit „förderbarer Wohnbau“ sehen wir die Möglichkeit zuzustimmen. Andernfalls und in der ursprünglichen Fassung hätte man beim Land den Eindruck erweckt, die Stadt wolle private Wohnbauträger von der Teilnahme ausschließen. Da man im Land bis vor kurzem ohnehin der Ansicht war, dass die Stadt die vorhandenen Instrumente stärker ausschöpfen möge, ist die Wahrscheinlich auch gering, dass die Petition eine erforderliche Mehrheit im Land bekommt. Das Ganze hat also Symbol- und Botschaftscharakter. Dieser Botschaft haben wir einen Inhalt hinzugefügt, daher ist es nicht unsere 100-%ige, aber wir können gelassen unsere Zustimmung hier geben
(Allgem. Appl.).

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (19.00 Uhr).

GR Ehmann:

Herr Vizebürgerbürgermeister, Kolleginnen der Stadtregierung, Kollegen im Gemeinderat, meine Damen und Herren Zuhörerinnen. Ich glaube, die Leseübung war eh lieb, aber lieb ist das Gegenteil von ... ist wurscht. Aber grundsätzlich ist es so, wir wollen eben nicht nur darüber reden, sondern wir wollen ein Instrument, ein Instrumentarium zukünftig schaffen, das uns tatsächlich hilft, zu leistbarem Wohnraum zu kommen. Weil reden tun wir 100-mal darüber. Jetzt soll es wirklich in eine Umsetzung kommen, dass man sagen, ok, überlegen wir uns etwas, was noch weitreichender ist, als Vorbehaltsflächen vorzusehen. Und ich glaube, das ist ein wichtiger Beitrag und ich glaube, da sollten wir uns alle, wie der Aufruf vom Kollegen Piffli-Percevic schon da war, zu Recht, daran beteiligen und konstruktiv einbringen, hier eine gute Lösung zustande zu bringen im Einvernehmen mit dem Land. Ich glaube, das ist möglich. Und dadurch, dass wir das jetzt am Petitionswege machen, können wir den parlamentarischen Prozess verkürzen, weil sonst hätten wir heute einen Dringlichen gehabt.

Zwischenruf GR Sippel: Du schaffst es noch, dass wir doch nicht zustimmen, du zerredest es.

Ehmann:

Die Stadt Graz hat zu prüfen, jetzt machen wir das im Land. Also ich glaube, dass es eine gute Sache ist. Ich danke allen Fraktionen, die sich hier konstruktiv beteiligen, einbringen und auch heute hier hoffentlich mehrheitlich zustimmen, weil leistbarer Wohnraum ist zu wichtig, um das am politischen Altar zu opfern. Danke (*Allgem. Appl.*).

GR Eber:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Antragsteller Ewald. Zunächst einmal herzlichen Dank für diesen Antrag, ich denke mir, es ist wichtig und notwendig, dass man alle Möglichkeiten einfach ausschöpfen und wenn es da neue Ideen und Vorstellungen gibt, so denke ich mir, soll man das einfach sich anschauen und prüfen und prüfen lassen, also ob man mit diesem Instrument, mit dieser Widmungskategorie vielleicht irgendwie auch weiterkommen, um zu günstigeren Grundstücken zu kommen. Weil es ist natürlich völlig richtig, wie du das auch beschreibst, dass die Grundstückskosten einen sehr enormen Teil ausmachen und ein großes Problem mit sich bringen. Ich möchte nur hinweisen, in Wien war es ja so, also ohne dass ich jetzt die Widmungen so im Detail kenne in Wien, aber dort war es anscheinend so, dass es bislang einen förderbaren Wohnbau gegeben hat als Widmungskategorie und das sich allerdings als relativ zahnlos erwiesen hat und man deswegen die neue Kategorie geförderter Wohnbau eingeführt hat. Soll uns natürlich auch sehr recht sein, wenn man jetzt bei Varianten sozusagen prüft oder vielleicht auch zu einem dritten Ergebnis kommt, erfreulich wäre es natürlich, wenn es helfen würde. Ich denke mir auf alle Fälle auch, dass zumindest diese Vorbehaltsflächen, die man sich, ich glaube, beim letzten Flächenwidmungsplan eingeführt haben, dass die schon einmal ein sehr guter Ansatz sind und auch ein Schritt in die richtige Richtung waren. Aber weitere Schritte sind sicher nicht falsch. Wir werden von daher natürlich gerne zustimmen. Danke (*Allgem. Appl.*).

GR Dreisiebner:

Lieber Ewald Muhr, danke für den Antrag. Er leidet, nicht, weil die Zustimmung schon groß wird, ich weiß, dass er nicht ganz gesund ist, ich bin gestern auch lange im Ausschuss neben ihm gesessen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir halten das für sehr, sehr wichtig, was hier der Kollege Muhr beantragt hat. Ich möchte nur noch ein paar Dinge zurechtrücken auch im Anschluss an den Klubobmannkollegen Eber. Und ich möchte auch ein paar Worte zum Kollegen Lohr sagen. Ja, wir haben im STEK- und

FLÄWI-Revisionsprozess Vorbehaltsflächen finden können, die im Moment unter Umständen ausreichend sind. Wir wissen aber auch, dass es sehr schwierig war, geeignete Flächen zu finden, weil eben die Grundstückspreisvorstellungen und das, was möglich ist, da relativ weit auseinander gegangen sind und wenn man sich das dann anschaut, war es insbesondere sehr schwierig, und da muss man ein hohes großes Lob und Danke an die Stadtplanungsamtbeamtinnen und -beamten aussprechen, auch in Bezirken, wo das Preisniveau noch etwas höher liegt als in anderen Bezirken. Das liegt ja allgemein in Graz sehr hoch, dass man da auch noch was finden konnte. Also, das ist im Grunde das Thema, mit dem wir uns auseinandersetzen, das Thema verschärft sich quasi täglich, wöchentlich und monatlich. Insofern wird das dann irgendwann auch, wenn das Wohnungsamt sagt, ja im Moment sind wir da gut aufgestellt, da ist ja eben die Revision, die eben jetzt ungefähr ein Jahr lang schon wirkt, der Hintergrund dafür. Der Hintergrund dafür wird das dann irgendwann ein größeres Thema werden, wahrscheinlich ein zugespitztes Thema. Insofern ist das, was die Wiener vorhaben, mit dem Vorteil, gleichzeitig Landesgesetzgeber zu sein und ihr Raumordnungsgesetz selber zu machen, ein guter Schritt und, Kollege Lohr, wo auch immer du die Information her hast, dass das so quasi ein Art von, wir klopfen uns ein bisschen selber auf die Schulter und beschließen das und im Land wird es dann eh nicht umgesetzt. Also, ich hoffe schon, dass diese Problematik im Land gehört wird und dass man endlich einmal etwas zusammenbringen in der Richtung, weil sonst kriegen wir und zunehmend mehr Gemeinden Probleme. Auch in den Speckgürtelgemeinden dürfte so etwas ein Problem werden. Ja, dass das Partei-Hickhack scheinbar von eurer Seite FPÖ heute unbedingt sein muss, noch ein paar Themen, wo es nicht notwendig ist, sei dahingestellt. Es bleibt jedem überlassen, das zu bewerten. Vielen Dank
(Allgem. Appl.).

Muhr:

Ich möchte mich einmal grundsätzlich bedanken für die breite Zustimmung zu diesem Antrag. Ich möchte gerne das Wort noch an dich richten, lieber Roland, ja den

Pawkowicz musst du dir trotzdem irgendwie vorwerfen lassen, er hat doch Wien, ja er hat doch ganz klar festgelegt, das ist die einzige Möglichkeit, leistbaren Wohnraum in Wien zu schaffen und die förderbare, die Kategorie förderbarer Wohnraum bezieht sich ja nur auf die technische und haustechnisch so ausgerichtet ist, also den Förderungen entsprechen kann, dass es dann in diese Kategorie auch hineinfällt, wobei man die Grundkosten dort überhaupt nicht berücksichtigt werden. Also, es ist auch ein zahnloses Instrument, dem entgegenzuwirken, was das Ziel ist. Und es hat sich schon überall gezeigt, dass die FPÖ eigentlich sehr situationsflexibel ist und auch in diesem Fall, also auch Zwölf-Stunden-Tag, man sieht es immer wieder. Ich bin schon gespannt, wann der nächste Ausschlag in die andere Richtung kommt. Aber das wird sich schon noch zeigen. Vielen Dank (*Allgem. Appl.*).

Der Inhalt des Antrages wurde einstimmig angenommen.

9.7 Ratenzahlung Jahreskarte (GRⁱⁿ Robosch, SPÖ)

GRⁱⁿ Robosch:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Zu dieser späten Stunde versuche ich, meinen Antrag kurz und etwas lockerer zu gestalten (*lacht*). Ich habe gestern 24 Jahre werden müssen, dass ich zum ersten Mal in meinem Leben (*Allgem. Appl.*), danke. Darauf wollte ich nicht hinaus, aber ich werde alt (*Lachen im GR-Saal*), aber ich habe 24 Jahre alt werden müssen, um das erste Mal in meinem Leben eine Jahreskarte zu erwerben und in den Genuss einer Jahreskarte zu kommen. Und es liegt nicht nur daran, dass ich ein bisschen zu faul zu war, um mich in der Schlange anzustellen, die jetzt so viele SchülerInnen und Studenten nutzen, um sich die Studienkarte oder das Top-Ticket zu holen, sondern auch daran, dass, bevor ich ein geregeltes Einkommen habe, eine Leistung von € 440,--, oder eben jetzt für die Grazerinnen und Grazer € 265,--, nicht so

eine leichte monatliche Ausgabe ist, die man sich so leicht einfach einmal in einem Monat leisten kann.

Zwischenruf GR Pogner: Das ist eine Jahresausgabe.

Robosch:

Genau, aber man muss sie auf einmal mit Kreditkarte oder per Barzahlung leisten in einem Monat. Und das ist für ganz viele Leute nicht so leicht aus dem Börserl rauszutrennen und deswegen kommen wir auch gleich zu meinem Antrag. Ich glaube, dass eine Ratenzahlung für Grazerinnen und Grazer für die Jahreskarte nicht nur für € 440,--, sondern auch für die geförderten € 265,-- mehr als über die Zeit notwendig ist. Und man redet immer davon, öffentlichen Verkehr allen leistbar zur Verfügung stellen zu müssen. Aber wenn ich nur die Wahl habe, mir entweder die teurere Karte mit Ratenzahlung zu kaufen und dann eben mehr als € 440,-- zu zahlen oder eben mir irgendwie die € 265,-- zusammenzukratzen, dann finde ich das nicht besonders eine gute Auswahl. Zweitens gibt es scheinbar nicht die Wahl zwischen, kann ich diese Jahreskarte dann im App holen, haben, wenn ich sie im Mobilitätszentrum kaufe und drittens kann man die nur per, wenn man sie online kauft, nur per Kreditkarte kaufen. Und jetzt, bitte, frage ich in die Runde, zeige mir den 18-, 19-, 20-jährigen in dieser Runde oder auch mich mit 24, der eine Kreditkarte besitzt. Also, in meinem Freundeskreis niemand und, ich glaube, wir haben eine digitale Agenda auch in Graz, die eben solche Dinge auch quasi forciert, dass man im digitalen Raum niederschwelliger werden und auch serviceorientierter werden und deswegen genau Missstände, die es in einem digitalen modernen und niederschweligen Graz nicht geben darf. Und deswegen stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

Der Beteiligungsreferent und die Verkehrsreferentin werden beauftragt, mit der Holding Gespräche zu führen,

1. inwieweit Ratenzahlungen für alle Langzeittickets, insbesondere für die Jahreskarte, für Grazerinnen ermöglicht werden kann;
2. inwiefern alle Tickets, unabhängig davon, ob sie online oder im Mobilitätszentrum erworben wurden, übertragbar in die Holding Ticket App sind,
3. und ob die Zahlungsarten online auch auf Bankeinzug, Sofortüberweisung oder Ähnliches erweitert werden können.

Dem Gemeinderat ist bis Dezember dieses Jahres ein Bericht vorzulegen (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nach dem Sommer stehen viele Anschaffungen und Besorgungen am Programm. Und nicht nur Studierende und SchülerInnen stehen derzeit im Mobilitätszentrum in der Schlange um ein neues Öffi-Ticket, sondern auch Grazerinnen und Grazer, die eine neue Jahreskarte erwerben wollen.

In den vergangenen Jahren hat es einige Verbesserungen in Sachen Erwerb und - durch die Jahreskarte für GrazerInnen - auch im Preis gegeben. Dennoch reißen 265 Euro auf einen Schlag ein sehr großes Loch ins „Börserl“ von vielen Menschen. Ratenzahlung ist aber nur beim Kauf einer Jahreskarte um 440 Euro möglich. Die Jahreskarte für GrazerInnen kann außerdem online nur per Kreditkarte bezahlt werden und falls man sie im Mobilitätszentrum kauft, kann diese auch nicht in die Holding Ticket App übertragen werden. Missstände, die sich für eine „smarte City“ wie Graz nicht gebühren. Wenn wir nicht nur unsere „digitale“, sondern auch unsere soziale Agenda in Graz ernst nehmen, müssen alle Tickettarife und der Erwerb eines Öffi-Tickets so

gestaltet sein, dass dies jeder Grazerin und jedem Grazer einfach, niederschwellig und leistbar zugänglich sein muss.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Der Beteiligungsreferent und die Verkehrsreferentin werden beauftragt, mit der Holding Gespräche zu führen,

- 1. inwieweit Ratenzahlungen für alle Langzeittickets, insbesondere für die Jahreskarte für GrazerInnen, ermöglicht werden kann;*
- 2. inwiefern alle Tickets, unabhängig davon, ob sie online oder im Mobilitätszentrum erworben wurden, übertragbar in die Holding Ticket App sind,*
- 3. und ob die Zahlungsarten online auch auf Bankeinzug, Sofortüberweisung und Ähnliches erweitert werden können.*

Dem Gemeinderat ist bis Dezember dieses Jahres ein Bericht vorzulegen.

GR Stöckler:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen. Und es sind ja gar nicht so wenige Damen und Herren noch auf der Galerie, wie vorher angemerkt.

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Stöckler:

... liebe Anna (lacht), liebe Anna Robosch, danke einmal für den Antrag. Du hast ja, nachträglich noch alles Gute zum Geburtstag, aber du hast dich ja nicht erst gestern oder vorgestern, als du die Karte gekauft hast, mit der Materie beschäftigt, sondern du hast ja schon im Juli-Gemeinderat einen dringlichen Antrag gestellt bezüglich Schwarzfahren, in dem du beim zweiten Punkt erwähnt hast, dass du eigentlich für eine Ratenzahlungsmethode eintrittst. Da hast du, glaube ich, noch nicht gewusst, dass es für die € 440,-- Karte eine Raten- ... wieso hast du das dann gestellt?

Zwischenruf GRⁱⁿ Robosch: Ich will es für alle Jahreskarten!

Stöckler:

Ok. Ich möchte nur kurz ausführen. Nur vielleicht gehen wir das Punkt für Punkt durch, was du da angeregt hast. Wieso das für unseren und meinen Club nicht dringlich ist. Mit € 265,-- pro Jahr ist die Jahreskarte Graz die günstigste Jahreskarte für öffentliche Verkehrsmittel in ganz Österreich. Für Personen, die wirklich bedürftig sind, gibt es ja auch noch einen SozialCard-Mobilität, die kostet € 50,-- pro Jahr. Und ich glaube, dass es für die Personen wirklich, für die es sehr notwendig ist und die wirklich wenig Geld zur Verfügung haben. Andere Personen, glaube ich, können sehr wohl, wenn sie wissen, sie wollen eine Jahreskarte kaufen. Man muss sich schon ein bisschen darauf einstellen und sagen, ok, ich spare auf diese Jahreskarte hin, weil wir haben damals im 2014-Jahr, als wir das beschlossen haben, ja auch festgelegt, wir haben eine konstante Subventionierung. Die Karte darf nicht übertragbar sein, sie muss jedes Jahr neu beantragt werden und gerade deswegen auch nicht in Ratenzahlung abzahlbar sein. Zum Punkt 2., den du erwähnt hast, es gibt seit Juli die Mobil-App der Jahreskarte und es sind bis dato nur einige Teile eingespielt in diese App. Es sind nur einige Teile eingespielt, bis zum Jahr 2019 sind sämtliche Verbundtickets in diesem Bereich drinnen und es ist im dritten Punkt, bitte ...

Zwischenruf aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Stöckler:

... kurz noch Ruhe, und es ist im dritten Punkt dann auch noch angeführt, dass bis zum Jahr 2019 auch die EPS-Zahlung, das sind Electronic Payment Standards, möglich ist, das heißt, bis zum nächsten Jahr ist alles auf Schiene. Deswegen ist der Antrag für uns wirklich gut, aber leider nicht dringlich. Danke (*Allgem. Appl.*).

Die Dringlichkeit des Antrags wurde mit Mehrheit (gegen Grüne, SPÖ, KPÖ und Neos) abgelehnt.

9.8 Grillen ohne Feuer und Flamme - Elektrogriller für die Grazer Bevölkerung (GR Swatek, BSc Neos)

GR Swatek:

Ich bin mir sicher, der eine oder die eine unter euch liebt es, so wie ich, gerne im Sommer sich mit Freunden zu treffen, um zu grillen. Das Glück des Grillens hat man aber nur, wenn man entweder selber einen Balkon, eine Terrasse oder einen Garten besitzt oder einen Freund hat, der diesen besitzt. Und genau aus dem Grund gibt es eigentlich öffentliche Grillplätze. Die sind in den letzten Jahren in Graz aber stark zurückgegangen. Ich glaube, wir haben sogar nur noch einen in den Murauen mit den Holzkohlegrillern.

Unverständlicher Zwischenruf aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Swatek:

Das ist aber nicht mehr Graz.

Zwischenruf aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Swatek:

... aber es ist nicht mehr Graz (*lacht*). Und der Grund dafür ist vor allem, dass diese Holzkohlegriller nicht ideal sind zum Grillen, wenn man offen und ehrlich ist. Die haben mehrere Nachteile wie z. Bsp. Brandschäden oder viele Leute sind auch früher am Rosenhain, z. Bsp, auch wenn es auch kein offizieller Grillplatz war, in den Wald gegangen und haben dort illegal Holz geschlagen, passiert auch bei den Muraueen scheinbar jetzt noch immer wieder zwischendurch. Es kommt zu Rauchentwicklung, auch CO₂ hat der Herr Kollege Sippel einmal in einem Woche-Interview gesagt, wird dadurch stark vorangetrieben und das ist natürlich alles für Anrainer und Passanten nicht schön. Das haben auch bereits weltweit mehrere Städte erkannt, nämlich

1. dass öffentliche Grillplätze eigentlich eine gute Idee ist, um Leute zusammenzubringen und dass
2. Holzkohlegriller nicht das Gelbe vom Ei sind und genau deswegen ist man international eigentlich dazu übergegangen, Elektrogriller zu installieren, weil dieser Nachteile bei Elektrogrillern nicht mehr gegeben sind. Also keine Brandschäden mehr, ich brauche kein Holz mehr illegal schlagen. Ich habe auch keine Rauchentwicklung und Feinstaub.

*Zwischenruf GR **Piffli-Percevic**: Dafür brauchen wird das Murkraftwerk.*

Swatek:

Was? Naja natürlich abseits davon, wie ich die Energie gewinne, das ist natürlich wie beim Elektroauto immer die Geschichte mit diesem ganzen Elektrozeug.

Zwischenruf GR Hötzl: Deswegen kommt das Murkraftwerk.

Swatek:

Ist so, muss man offen und ehrlich sagen, da braucht man nicht darüber reden oder ablenken davon. Wenn die Energiegewinnung schlecht ist, ist auch jeglicher elektrische Strom schlecht, naja...(lacht)

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

Swatek:

Ja, all diese Nachteile gibt es bei Elektrogrillern nicht. Weil Elektrogriller haben auch noch den Vorteil, dass man einstellen kann, zeitlich regulieren kann, wann sie benutzt werden sollen, man kann sie auch steuern. Das heißt, man kann auch eine Mindestgebühre einheben z. Bsp. halbe Stunde € 1,--, damit nicht dauernd besetzt sind, andere Städte in Düsseldorf & Co sind aber auch dahingegangen, dass sie es kostenlos machen, aber dafür eine Online-Reservierung nötig wäre, könnte man z. Bsp. in Halbe-Stunde-Abschnitte machen über die Venuzle-App, die wir ja schon haben. Also es gibt eine Vielzahl von Möglichkeiten, Elektrogriller zu nutzen. Deswegen gibt es sie auch in vielen Städten, Schweiz, Düsseldorf, in Deutschland sehr verbreitet. Aber, und das hat mich sehr gewundert bei meiner Recherche, in den australischen Nationalparks gehören die praktisch zur Grundausstattung und dass dort wahrscheinlich eher was passiert als bei uns auf Grund der starken Hitzeentwicklung, ist, glaube ich, auch sehr klar. Ich würde es für eine gute Idee halten, wenn man in

Zukunft den öffentlichen Raum auch mit Elektrogrillern ausstattet, um dort die konsumfreien Zonen zu stärken und darum stelle ich den

dringlichen Antrag,

dass die zuständigen Stellen der Stadt ersucht werden zu prüfen, ob eine Errichtung von Elektrogrillern für die Grazer Bevölkerung im Grazer Stadtgebiet durchgeführt werden kann und wo diese zielführend ist. Danke (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Eine offene, lebhafte Stadt lebt auch davon, ihren BürgerInnen ausreichend Möglichkeiten zu bieten, die Freizeitgestaltung in unterschiedlichen Formen auszuleben. Gerade das gemeinsame Grillen hat sich für Familien und Freundeskreise in den letzten Jahren als Statussymbol für Gemeinsamkeit und Freiheit hervorgehoben. Wer nicht über einen eigenen Balkon oder eine Terrasse verfügt, ist hier klar im Nachteil.

In den letzten Jahren wurden in Graz immer wieder öffentliche Grillplätze aufgelassen. Als Grund für das Auflassen von öffentlichen Grillplätzen wurde unter anderem auf diverse Gefahren und Unannehmlichkeiten verwiesen, die bei unsachgemäßer Nutzung von Kohlegrillern auftreten können. Dazu zählt unter anderem das Auftreten von Brandschäden oder ein illegales Schlagen von Holz in der Grünanlage sowie auch eine starke Rauchentwicklung, die besonders Anrainer und Passanten belästigt.

All diese Nachteile eines Kohlegrillers treten bei E-Grillern nicht mehr auf, weshalb die Installation von E-Grillern bereits in vielen Städten weltweit Einzug gehalten hat. So zeigt sich am Beispiel der Stadt Zürich, dass die Stadt nicht nur die Errichtung, sondern auch die Steuerung der Grillzeiten übernehmen kann, um eine größere Belastung für die Umgebung zu minimieren. Geregelt Grillzeiten von z. B. 09:00 bis

22:00 Uhr bieten sich hier an. Die Elektrogriller, wie sie von der Stadt Zürich an den Seeufern verwendet werden, lassen sich durch einen einfachen Knopfdruck aktivieren und schalten sich selbstständig nach 14 Minuten ab, um eine Überhitzung zu verhindern.

1. <https://www.stadt-zuerich.ch/ted/de/index/departement/medien/medienmitteilungen/2009/mai/090507c.html>

Eine Erschließung des Grazer Stadtgebiets mit Elektogrillern könnte das Lebensgefühl der GrazerInnen weiter verbessern und konsumfreie Räume stärken.

Um die Freizeitgestaltungsmöglichkeiten und das Lebensgefühl der GrazerInnen weiter zu verbessern, stelle ich gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

dringlichen Antrag,

dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht werden zu prüfen, ob eine Errichtung von Elektrogrillern für die Grazer Bevölkerung im Grazer Stadtgebiet durchgeführt werden kann und wo diese zielführend wäre.

Beispielfoto E-Griller in Zürich: @Stadt Zürich



GRⁱⁿ Schönbacher:

Lieber Kollege Swatek, das war wirklich eine herzige Verkaufsvorstellung, die du da abgeben hast (*lacht*), dankeschön. Aber ich bin jetzt nicht ganz deiner Meinung, weil elektrisch grillen ist nicht optimal. Das beste Grillen ist natürlich mit Feuer. Als Frau eines Hafnermeisters kenne ich mich da perfekt aus. Nur ist es im öffentlichen Raum immer ein bisschen problematisch, weil erstens einmal müsste ein Griller sehr stabil sein, was ein holzbefuerter Griller sein könnte, aber die meisten Leute können mit Feuer und Holz nicht wirklich umgehen. Das ist das erste Problem und das zweite Problem ist, dass viele Leute nicht wissen, wie sie sich im öffentlichen Raum zu benehmen haben, was jetzt Sauberkeit und Ordnung angeht. Deshalb halten wir das für keine gute Idee. Du hast auch ein Foto dazugegeben von einem Elektrogriller, der schaut jetzt schon richtig dreckig und grauslich aus. Also, ich könnte mir nicht vorstellen, da was draufzulegen. Deshalb glaube ich, dass so ein Elektrogriller auch ein Hygieneproblem ist, weil wir alle wissen, wenn man so etwas saubermachen muss, da braucht man wirklich hartes Werkzeug dafür. Wie gesagt, ich kenne mich beim Kochen überhaupt nicht aus, aber was ich kann, ist grillen und das ist leider nicht die optimale Art zu grillen und ich kann dir auch sagen, Fleisch, wie z. Bsp. Lamm, wird nicht gescheit durch und Tofu bleibt picken (*Lachen im GR-Saal*) (*Allgem. Appl.*).

Bgm.-Stv. Eustacchio:

Deine Grillerfahrten, bitte (*lacht*).

GR Mag. Frölich:

Ja, Herr Vizebürgermeister. Als begeisterter Griller muss ich da mitreden beim Grillen, das ist keine Frage. Wir haben heute über die, du hast dich geoutet, hast diesen Mur-Plänen, der Mur-Arena und der Auwiese zugestimmt und bist begeistert von dem, was sich da tut. Wir tun vieles. Viele unserer Experten im Haus arbeiten an tollen Ideen, die da gerade in Umsetzung sind. Gegen alle Widerstände, die es teilweise auch gibt. Das

wird eine ganz tolle Geschichte, dieser Lebensraum Mur, Mur-Masterplan, Lebensraum Mur ist eine ganze tolle Geschichte. Ich hoffe, dass dort auch solche Ideen umgesetzt werden. Ich habe ein bisschen nachgelesen im Züricher Anzeiger, die haben schon 2015 geschrieben, dass diese Elektrogrillplätze, die am Züricher See sind, zwei haben sie dort gehabt, haben sie 2015, sind immer schlechter angenommen worden und dort hat sich ein interessanter, die sagen dazu „grillieren“ die Schweizer, interessanter Trend, dass schon 2015 die jungen Leute, erster Linie junge Leute natürlich, ihre Grillpartys im öffentlichen Raum auf Plätzen, die dazu geeignet sind, plötzlich gemacht haben und dort mit Fleisch und Getränken hingegangen sind und die Züricher haben das auch zugelassen, um einen geordneten Grillablauf, wenn Nachbarn nicht gestört sind, hat man das zugelassen. Also, es kann sich da vieles entwickeln, und ich glaube, wir sollten mit solchen konkreten Ideen nicht Vorgaben für jene Expertinnen und Experten, die unserem Haus schon jetzt seit vielen, vielen Monaten und Jahren an der tollen Murgestaltung arbeiten, darunter an der Gestaltung des öffentlichen Raumes, sollten wir nicht vorgreifen. Schauen wir einmal, was da kommt. Ich glaube, wir sollten warten, bis das alles angenommen wird. Wir haben diskutiert darüber. Wir haben auch gesagt, das ist jetzt nicht unbedingt dringlich. Ich bin überhaupt der Meinung, man sollte vielmehr den direkten Zugang suchen zu unseren Kolleginnen und Kollegen, die hier im Haus Graz arbeiten, die damit befasst sind, Grünraum und Gewässer, wie sie alle heißen, auch im Baubereich. Vielmehr direkt den Zugang zum Hörer greifen. Ich erinnere zurück an einen dringlichen Antrag, der sich mit Trinkwasserbrunnen beschäftigt hat, wo die Holding uns ganz lapidar gesagt hat, bitte ruft uns an. Ihr braucht uns nur sagen aus den Bezirken, wenn es Wünsche gibt. Ruft uns an, wir haben zwei, drei Leute, die schauen sich das an, innerhalb von wenigen Wochen gibt es einen Trinkbrunnen dort, wo er von der Bevölkerung gewünscht ist. Genau das Gleiche wird es auch bei Grillplätzen geben. Grundsätzlich als begeisterter Griller eine gute Idee, aber das ist es nicht unbedingt dringlich. Danke
(Allgem. Appl.).

GRⁱⁿ Pavlovec-Meixner:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Niko. Das Foto hat uns auch ein bisschen irritiert, muss ich sagen (*lacht*), weil wir gefunden haben, dass das nicht wahnsinnig sauber aussieht und dann eine Diskussion hatten im Klub, wer das wohl immer reinigt nach dem Grillen, aber sei es drum. Besonders interessant habe ich deine Wortmeldung gefunden, nämlich deshalb, ich habe nämlich gegoogelt und hatte einmal einen Kollegen, den Stefan Schneider, der Gemeinderat hier war, und der sich total für Grillplätze eingesetzt hat. Und ich habe gefunden, dass er im Jahr 2009 einen Antrag auf öffentliche Grillplätze eingebracht hat, der damals eine klare Mehrheit erhielt. Jetzt ist das ein bisschen seltsam, weil ihr redet immer von Tempo, also bei dem Thema ist irgendetwas schief gegangen von eurem Tempo, weil seit 2009 gibt es da einen Beschluss, der nie umgesetzt wurde, bis auf eine Ausnahme und das ist die Auwiesen. Sonst gibt es meiner Information nach noch immer keine öffentlichen Grillplätze in Graz. Ich denke, das ist aber dringend notwendig, wenn eben viele Menschen nicht die Möglichkeit haben zu grillen, so ist es ja auch so, ich glaube, du bist Hausbesitzer, weil, sonst wüsstest du (*lacht*) nämlich, dass bei den meisten Hausordnungen das Grillen am Balkon verboten ist. Ok, dann passt es ja. Wir finden jedenfalls, das ist dringlich und man sollte sich mit dem Thema beschäftigen und deshalb werden wir gerne zustimmen (*Allgem. Appl.*).

Swatek:

Nur um das auch einmal richtigzustellen, ich besitze weder Haus noch Wohnung, bin normaler Mieter, leider, und auch kein Haus an der Mur, wie es heute schon einmal gefallen ist. Also direkt an der Mur leider auch nicht. Was kann ich dazu sagen? Ja, die Grillplätze sind in Graz zurückgegangen, weil es ist natürlich, wenn man so einen Antrag hier im Gemeinderat annimmt, eine ganz andere politische Aussage, als wenn man einfach zum Hörer greift und dann bei jeweiligem Verwaltungsapparat anruft und sagt „hi, wie wäre es mit Grillen?“ Sondern wir sind hier der Gemeinderat, besonders die schwarzblaue Regierung gibt hier vor, wohin sich die Stadt bewegt und wenn es im

Gemeinderat auch eine Mehrheit gibt, dann versucht die Verwaltung, das auch umzusetzen. Wenn ich als einzelner Gemeinderat oder wahrscheinlich auch die anderen Fraktionen anrufen und darum bitten, dass man irgendwo einen Griller hinmacht, das wird dann wahrscheinlich nicht passieren, vor allem, wenn man sieht, dass es an dieser Stelle scheinbar keine Dringlichkeit erfährt. Vielleicht überrascht uns ja das eine oder andere Projekt an den Murufeln, die jetzt kommen. Ich habe gehört, ein paar Leute haben sich da beworben, die grundsätzlich Grillplätze geplant haben. Meines Wissens nach aber keine Elektrogriller, wo sie von der Pflege her leichter sind. Ich muss auch dazu sagen, ich finde das Foto jetzt nicht schlimm, weil jeder, der schon einmal eine blanke Oberfläche, wie auf dieser gegrillt hat, weiß, sobald der erste Fetttropfen drauf ist, sich da eine kleine braune Kruste bildet, die man auf solchen speziell imprägnierten Flächen auch sofort wieder runterbekommt. Muss man aus der Erfahrung lernen. Könnte man vielleicht machen, wenn man in Zukunft solche Grillplätze hätte. Danke (*Allgem. Appl.*).

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen Neos, Grüne, KPÖ, SPÖ) abgelehnt.